

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Libérale Selbstbesinnung im Krisenlärm

Ist es nur eine Formbaisse, die den bürgerlichen Parteien der Schweiz, allen voran der Freisinnig-Demokratischen Partei, zu schaffen macht? Oder handelt es sich um eine eigentliche Vertrauens- und Identitätskrise, wie von den aus meist allzu kurzer Distanz urteilenden politischen und publizistischen Interpreten dem «bürgerlichen» Staat und seinen Bürgern vorgehalten wird? Oder ist alles nur Hysterie und Medienlärm, die von wichtigeren Dingen ablenken?

Unbestreitbar ist die innenpolitische Szenerie in hektische Bewegung geraten, so sehr, dass auch in ausländischen Medien wieder einmal — nicht ohne Schadenfreude — Notiz genommen wird vom Sonderfalldasein der kleinen Eidgenossenschaft. Da scheinen sich mit einigen Schlagworten ganze Verstrickungen von skandalträchtigen Verfehlungen verschiedenster Art enthüllen und zu einer veritablen Staatskrise emporstilisieren zu lassen. Die Zusammenhänge sind freilich konstruiert und reduzieren sich letztlich auf nebulöse Filz-Theorien, die alles und nichts besagen. Was ist wirklich passiert?

Der Fall Kopp

Der Sturz der ersten schweizerischen Bundesrätin war der Auslöser der ganzen Schnüffelei, die nun schon über ein Jahr die Medien und die politische Öffentlichkeit in Atem hält und die mit ihren Indiskretionen, Enthüllungen, Verdächtigungen und aufgeregten Reaktionen an schlechte Spionagero-

mane erinnert. Der Fall Elisabeth Kopp selbst war jedoch längst vor dem an sich unnützen juristischen Nachspiel mit der nüchternen Erkenntnis abgeschlossen, dass die Verdächtigungen unkorrekter Amtsführung oder gar verborgener Delikte sich als gegenstandslos erwiesen haben und dass das offenkundige persönliche Fehlverhalten der Magistratin mit der harten politischen Sanktion des Ausscheidens schwer genug gebüsst war. Die parlamentarische Untersuchung brachte nichts anderes zutage. Sie bestätigte jedoch, dass man die Dimension und die Bedrohlichkeit neuer Formen wirtschaftlicher Kriminalität, des internationalen Drogenhandels und der von ihm ausgelösten gewaltigen Geldströme lange Zeit unterschätzt hatte. Gesetzgeberische Vorkehren sind inzwischen im Gang — sie waren gerade von Frau Kopp energisch gefördert worden — und geben heute kaum mehr Anlass zu grundsätzlichen Kontroversen.

Das Fichenspektakel

Die «Affäre» hätte als erledigt abgeschrieben werden können, wenn die parlamentarische Untersuchungskommission bei der Überprüfung des Justiz- und Polizeidepartements nicht an einem anderen Ort auf ein Stück unbewältigte Vergangenheit gestossen wäre, das mit dem eigentlichen Anlass der Untersuchung nichts mehr zu tun hatte. Die Zeit war günstig, dieses trübe Kapitel endlich aufzuschlagen, da die

Entwicklung in Osteuropa eben viele erstarrte Feind- und Bedrohungsbilder zertrümmert hatte.

So ganz aus heiterem Himmel trafen einen die Erkenntnisse über die ungezählten Fichen und Karteien nicht, die jetzt Stück für Stück an die Öffentlichkeit gerieten und so auch dafür sorgten, dass der schlagzeilenträchtige Empörungspegel für längere Zeit hochgehalten werden konnte. Denn dass die Neigung, Mitbürger zu beobachten und sie einer wenig toleranten sozialen Kontrolle zu unterwerfen, zu diesem und zu anderen Zwecken eifrig Informationen zu sammeln, weiterzugeben oder pedantisch zu archivieren, in unserem Land zu den ausgeprägten und darum auch zweifelhaften Tugenden gehört, und dass Beamte und Polizisten diese Mentalität geradezu als Berufsstolz kultivieren — das alles ist wohlbekannt und ist oft genug beschrieben und karikiert worden. Was von den bei der Bundespolizei gehorteten Karteikarten bekannt geworden ist, sind denn auch in grosser Zahl völlig harmlose, weil nichtssagende und in keiner Weise «verwendbare» Angaben aus dem Alltag. Auch das ist zweifellos ärgerlich. Schlimmer sind die falschen Angaben, die unwissend Betroffene tatsächlich gefährlich werden können, und mehr als problematisch ist die staatlich geförderte und honorierte Denunziererei, die zuletzt auch noch schutzwürdig sein soll . . .

Angeichts der ungeahnten Ausmasse dieser Karteien fragt man sich allerdings, was schwerer wiegt: Die durch keinerlei Kontrolle gebremste bürokratische Anmassung, über die Begrenztheit jeglicher rechtsstaatlicher Kompetenz hinweg nach eigenem Ermessen Bürger zu überwachen; oder aber der in der Willkür und Beliebigkeit

des Sammeleifers sich offenbarende Dilettantismus, der einen allfälligen vernünftigen Zweck der Überwachung kaum mehr erkennen lässt. Jedenfalls ist ein gründliches Ausmisten dieser Makulatur nicht nur aus politischen und psychologischen Gründen vonnöten, sondern gerade auch, um die rechtsstaatlich begründeten Zwecke einer polizeilichen Informationstätigkeit klar zu definieren, einzugrenzen und sie dann auch effizient und kontrolliert zu verfolgen.

Die Fichen werden noch einige Zeit zu reden geben, bis die Offenlegung und Unschädlichmachung beendet ist, doch müsste ihre politische Brisanz sich gelegentlich in der Einsicht erschöpfen, dass man in der Vergangenheit einen unpräzise definierten und kaum kontrollierten Staatsschutz zwar manchmal angezweifelt hat, aber — mit unterschiedlicher Unterstützung in den politischen Lagern — doch gewähren liess, dass man aber einhellig heute eine Neubeurteilung der internationalen Lage und der zeitbedingten Bedrohungsformen als notwendig erachtet. Dies um so mehr, als eine strategische Situationsanalyse nicht nur für den Staatsschutz und die Sicherheitspolitik, sondern in viel höherem Mass für die Beurteilung aussen- und wirtschaftspolitischer Optionen derzeit von grösster Bedeutung und Dringlichkeit ist.

Parteilpolitische Grabenkämpfe

Von solcher staatspolitisch souveräner «Krisenbewältigung» sind wir jedoch weit entfernt. Die Chance, enttäushtes Vertrauen in politisch verwertbares Misstrauen umzumünzen, will sich offenbar das oppositionelle links-grüne Lager nicht entgehen las-

sen. Das ist soweit verständlich, als man der in Staatsschutz- und sicherheitspolitischen Fragen stets unerschütterlichen bürgerlichen Mehrheit den Spiegel vorhalten und die Verantwortung überbinden kann. Freilich sollten die in die Konkordanz eingebundenen und von ihr auch profitierenden Minderheiten bei allzu forschenden Oppositionsattacken die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Vergangenheit nicht aus den Augen verlieren. Sie müssten sich auch fragen, ob ein hochgezüchtetes und gewissermassen institutionalisiertes Misstrauen gegen jegliche staatliche Machtausübung sich auf die Dauer auf die ungeliebten Sicherheits- und Ordnungsfunktionen des Staates begrenzen lasse und nicht bald einmal auch den «Leistungsstaat» treffen könnte, der ja gleichzeitig mit weitreichenden Ansprüchen und Forderungen eingedeckt wird. Der fahrlässige Umgang mit der Staatsverdrossenheit, der sich etwa in der Verweigerungsdrohung von Kulturschaffenden oder der Forderung nach Rücktritt der ganzen Regierung äussert, könnte latenten Antistaatsparolen neuen Auftrieb geben und die gegenseitige politische Blockierung mit Vetoentscheiden fördern. Es ist im übrigen nicht schwer vorauszusagen, dass Misstrauenskampagnen und Institutionenschelte auch jenen Glaubwürdigkeitsverluste einbringen wird, die sie im Blick auf kurzfristige Erfolge am eifrigsten betreiben. Nicht nur Behörden, auch das Parlament, die Parteien insgesamt und nicht zuletzt die Medien haben teil am Vertrauensschwund.

Zürich als Signal

Das Beispiel der Stadt Zürich wird dies wohl bald illustrieren. Hier hat die

derzeitige Stimmungslage erwartungsgemäss den Ausschlag des Pendels nach links verstärkt. Verursacht wurde er allerdings im wesentlichen durch personelle Schwächen beim bürgerlichen Angebot an Führungskräften und durch eine konzeptionelle Orientierungslosigkeit der «bürgerlichen» Politik, die sich in inner- und zwischenparteilichen Gegensätzen und Spannungen manifestierte. Hinzu kamen die nicht geringzuschätzenden formellen Fehler zweier bürgerlicher Stadträte in einer an sich legitimen Auseinandersetzung um eine neue Bau- und Zonenordnung. Dieses Geschäft enthält viel politischen Zündstoff und wird Weichen für die zukünftige Entwicklung der Stadt stellen — aber nicht global und planerisch abstrakt, wie zumeist diskutiert wird, sondern ganz konkret auf jede einzelne Liegenschaft bezogen. Die Entscheide werden einzelne Besitzer und vor allem Unternehmungen treffen, ihnen Entwicklungschancen geben oder verwehren, Mehr- und Minderwerte verursachen. An diesen unausweichlichen Entscheiden werden die rot-grünen Mehrheiten in der Exekutive und im Parlament ebenso gemessen werden wie an der Erfüllung grosser Versprechungen zur Wohnungs- und Verkehrspolitik. Um den hohen Ansprüchen und Erwartungen entsprechen zu können, benötigten sie jedenfalls ein gerüttelt Mass an Akzeptanz — beziehungsweise, auf deutsch, viel von jenem Vertrauen in die Behörden, das derzeit nicht hoch im Kurs steht.

Mangelndes Selbstvertrauen

Es ist leichter, die Übertreibungen bei der politischen Vermarktung der «Vertrauenskrise» zu geisseln, als dem

Mangel an Einsicht und Selbstvertrauen zu begegnen, der in den bürgerlichen Reihen und namentlich bei den Freisinnigen zu nachhaltiger Verunsicherung und verbreiteter Resignation geführt hat. Wohl fehlt es nicht an mannhaften Abwehrreaktionen und an Durchhalteparolen. Aber an Überzeugungskraft fehlt es bereits in den eigenen Reihen. Zürich hat dafür Belege geliefert.

Ist es nicht seltsam, dass die Erfolge von Liberalisierungen — allerdings verschiedener Art — in Ost und West unser Land nur gestreift und kaum motivierende Wirkungen gezeitigt haben? Es gibt zwar Ansätze zu Liberalisierungen, aber sie sind teilweise durch internationale Entwicklungen erzwungen — bei den Rahmenbedingungen für den Finanzplatz etwa —, und teilweise durch Marktkräfte schon überholt, wenn man sich auf Kompromisse einmal geeinigt haben wird — so vermutlich im Fernmeldewesen und bei den elektronischen Medien. Liberalisierungen spielen sich bei uns vorwiegend als Rückzugsgefechte ab.

Für die Partei, die vor allen anderen, wenn auch längst nicht mehr exklusiv, den Liberalismus als politische Doktrin vertritt, die FDP, müsste der ideologische Stimmungswandel in Europa eine willkommene Schützenhilfe bedeuten. Davon ist indessen wenig zu spüren. Das hängt nicht nur mit dem in der Erfahrung direkter Demokratie gehärteten Pragmatismus der schweizerischen Parteien zusammen, auch nicht allein mit der Breite des Spektrums und der Vielfalt der in dieser Partei versammelten Interessengruppen. Es liegt zweifellos vor allem an der starken Position der FDP in den Behörden und Parlamenten aller Stufen, an der starken Bindung an die gewachsenen

Strukturen und Gegebenheiten. Aus diesem Selbstbewusstsein als staatstragende Partei erklärt sich wohl auch die Formkrise nach den vertrauenserschütternden Vorkommnissen der jüngsten Zeit. Die Gefahr besteht, dass nur noch defensiv reagiert, an überholten Positionen so lange wie möglich festgehalten und unausweichlichen Entwicklungen mit hinhaltendem Widerstand begegnet wird.

Vernachlässigte liberale Werte

In der Fichenaffäre verteidigte man sich, weil man sich zu Recht mitverantwortlich fühlte. Dass der Schutz der persönlichen Freiheit als urliberaler Wert tangiert war und dass daher eine besonders sorgfältige Abwägung und Eingrenzung der Interessen eines legitimen Staatsschutzes gefordert war, hätte von den Freisinnigen rascher und gezielter gesagt werden können und sollen. Im Bereich der individuellen Autonomie hat wohl die lange Tradition der Machtausübung in Gemeinden, Kantonen und Bund, vielerorts verbunden mit einem eigentlichen Führungsanspruch, die Sensibilität der ehemaligen Radikalen und Demokraten etwas erschaffen lassen. Auf Terrainbesetzungen durch die Linke reagierte man eigenartigerweise mit demselben Abwehrreflex wie auf Begehrlichkeiten der etatistischen Art. Nicht einmal die erfolgreiche, grobgeschnittene Wahlkampfparole «Mehr Freiheit — weniger Staat» brachte eine Besinnung auf mögliche Gefährdungen von Persönlichkeitsrechten, mit dem Zusatz «Selbstverantwortung» liessen sich allzu liberalistische Anwendungen leicht disziplinieren. Die Linke hatte inzwischen die Liberalität als wertkonservatives

Sammelgut entdeckt und gebärdete sich — allerdings nur in diesem Bereich — als Nachfolgerin der Liberalen des 19. Jahrhunderts. Das hat zur Folge, dass zum Thema «mehr oder weniger Staat» die Fronten je nach Thema wechseln. Jetzt sitzt gerade der «bürgerliche» Staat auf der Anklagebank.

In diesen oft nur parteipolitischen Fehden hat sich das liberale Staatsdenken jedenfalls nicht weiterentwickelt, daher sind manche neue oder veränderte funktionale Anforderungen an die staatlichen Institutionen unzureichend erkannt und bewältigt worden. Zwar hat die intensive Verfassungsdebatte in den siebziger Jahren viele interessante Ansätze, aber bekanntlich keine Resultate erbracht. Auch stand damals der moderne soziale Leistungsstaat im Mittelpunkt des Interesses, der aus liberaler Sicht unter der Bedingung klarer Begrenzung staatlicher Zuständigkeiten auch akzeptiert wurde. Neue Impulse, die in den achtziger Jahren aus dem Ausland hätten aufgenommen werden können, wurden kaum diskutiert. Dass aus Begrenzung Dynamik, aus Deregulierungen Chancen wachsen können, dass Marktmechanismen effizientere Problemlösungen ermöglichen als staatliche Regelwerke, und zwar in klassischen Bereichen wie der Sozial- und Gesundheitspolitik ebenso wie bei neuartigen Herausforderungen der Umweltpolitik — das alles sind Hypothesen und Diskussionsansätze, die vorläufig nur in Nischen am Rande der politischen Bühne erörtert werden. Der Gedanke, dass Lösungen politischer Probleme nicht um so sozialer wirken, je staatlicher sie sind, ist nicht nur für linke Ohren noch zu fremd, als dass er ernsthaft geprüft würde. Andererseits tun sich auch die Liberalen schwer, die tra-

ditionellen Freiheiten, die vor dem Staat zu schützen waren, einer zeitgemässen Analyse auf Bedingtheiten und Konsequenzen zu unterwerfen. Am Beispiel der Mobilität würde man erkennen, wie eine Freiheit in von ihr verursachten Sachzwängen zu ersticken droht. Und möglicherweise bedarf letztlich die Erhaltung der individuellen Freiräume mehr staatlich garantierter Spielregeln als ein über Preismechanismen gewährleisteter Umweltschutz.

Kein Wertewandel

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz hat das Jahr nach der Krise mit einer Liberalismus-Tagung eröffnet. Sie dokumentierte damit, dass sie nicht länger nur im Grabenkampf des politischen Alltags Positionen behaupten und verlorenes Terrain zurückgewinnen, sondern zunächst im Innern eine grundsätzliche Standortbestimmung vornehmen will. Dabei soll nicht der Liberalismus neu erfunden oder einmal mehr neu formuliert werden. Dessen fundamentale Wertvorstellungen sind durchaus bekannt und keineswegs überholt. Es gelte nicht, neue Werte zu finden, sondern aufgrund bestehender Werte neue Probleme zu lösen. Diese These des Leiters des Liberalen Instituts in Zürich, Robert Nef, soll nun in ein liberales Manifest umgesetzt werden, das Grundlage für die Wahlplattform der nächsten Jahre darstellen wird.

Wie jede «theoretische» Übung hat dieses Projekt seine Tücken. Es weckt Erwartungen, die einzulösen in einer andauernd mit konkreten Alltagsfragen und politischer Kompromiss- und Konsenssuche beschäftigten Partei schwierig ist. Doch eine ernsthafte Besinnung

auf jene Werte, die man stets vertritt aber nicht immer anwendet, und eine schonungslose Überprüfung der politischen Praxis auf ihre Wertverträglichkeit kann provokativer und aufregender sein als die Suche nach utopischen neuen Werten. Die Fichenaffäre hat schmerzhaft aufgezeigt, wie gross die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis sein kann. Oft haben sich auch die Problemlagen derart verändert, dass früher richtige Lösungen heute kontraproduktiv wirken. Freilich stellt man

mit solchen Analysen möglicherweise mühsam errungene Konsenslösungen in Frage. Bedenkt man jedoch, was die Öffnung in europäische Dimensionen der Schweiz in den nächsten Jahren bescheren kann, wäre diese Übung in geistiger Gymnastik ein willkommenes Training. Sie könnte auch und insbesondere kritische Geister dazu animieren, den auf die trüben Fichen der Vergangenheit fixierten Blick den noch unbeschriebenen Fichen der Zukunft zuzuwenden.

Ulrich Pfister

Frankreichs Immigranten

Realitäten und Verdrängungen

Welch ungewöhnliche Diskrepanz zwischen Ursache und Wirkung! Ein banaler und sozusagen lächerlicher Gegenstand, ein von Schulmädchen getragenes Kopftuch, hat Frankreich zutiefst aufgewühlt, hat das Land fast wie ein Erdbeben erschüttert. Das war nur deshalb möglich, weil das erwähnte Foulard urplötzlich den Blick auf einen hochsensiblen Problemkreis lenkte, auf eine Thematik, die zudem einer gewissen Verdrängung unterstellt war. Wollte man die Erscheinungen, Themen, Wertbegriffe und Reizworte auflisten, die das schicksalsträchtige Textilstück in die Diskussion warf, so ergäbe sich etwa folgender Katalog: Immigration, Laizismus, Toleranz, nationale Identität, Gesellschaftsformen, Demographie, Rassismus, Rechtsextremismus, islamischer Fundamentalismus, Terrorismus. Das war wirklich Stoff genug, um eine lawinenartige Debatte auszulösen, um die Wortführer, Vertreter und

wegweisenden Geister aller Lager und Denkschulen auf den Plan zu rufen und mithin die politischen Fronten durcheinanderzuwerfen. Wahrlich, ein ganzes Kapitel französischer Zeitgeschichte kreist um dieses Fichu.

Es begann im Oktober des letzten Jahres. Die Medien berichteten mit einemmal von beängstigenden und heiklen Schulkonflikten, die dadurch entstanden waren, dass moslemische Schülerinnen der Oberstufe im Schularaum und Unterricht den «Hidscheb» — als ein unzweideutiges und deklariertes Religionssymbol — zu tragen wagten. Dies geschah an verschiedenen Orten, doch kristallisierte sich die Affäre vor allem am Modellfall von Creil (vgl. «Schweizer Monatshefte» vom Dezember 1989). In dieser Industriestadt nördlich von Paris erregten die drei Lycéennes Leila, Fatima und Samira (13–15jährig) mit ihrem Hidscheb Aufsehen, doch der Schulvorsteher

ging nicht minder in Front: er verbot dieses Kleidungsstück im Unterricht. Der Konflikt war ausgebrochen, und er beschäftigte ganz Frankreich.

Viel Lärm um nichts, mochte man in oberflächlicher Betrachtung denken. Doch eine solche Oberflächlichkeit setzte die Unkenntnis oder Missachtung eines französischen Gesellschaftsmerkmals ersten Ranges voraus: des Laizismus des Schulwesens. Die Republik kennt kein grösseres Heiligtum als diese Weltlichkeit. Die *«laïcité»* des Schulsystems ist ein Grundpfeiler des modernen Staatswesens, eine um so höher bewertete Errungenschaft, als sie aus einem langen und zähen Kampf gegen die Kirche hervorging. So wird das Wort *Laïcité* immer noch mit einer gewissen Feierlichkeit in den Mund genommen, dies gerade in breiten Linkskreisen und in den dominierenden, den Sozialisten nahestehenden Lehrerverbänden. Hier gab es noch vor kurzem sogar einen streitbaren Laizismus, der zum denkwürdigen «Schulkrieg» (1981 bis 1984) führte. Die «katholischen Privatschulen» (die jedoch sehr wenig religiös unterrichteten und längst dem öffentlichen Schulprogramm angepasst waren) sollten verstaatlicht werden. Dieses Vorhaben rief Millionen von Gegnern auf die Strasse — weniger streitbare Katholiken als realistische «Schulkonsumenten», die auf die Erhaltung einer willkommenen Wahl- oder Ausweichmöglichkeit bedacht waren. Der Kampf endete mit einer vernünftigen Kapitulation Mitterrands vor diesen Massenprotesten.

Doch das Hidscheb-Signal musste, abgesehen von der *Laïcité*, noch andere Reaktionen auslösen, andere empfindliche Saiten anrühren. Im politisch denkenden Menschen mussten vielschich-

tige, teils unheimliche Zusammenhänge aufblitzen. Es war unmöglich, zum Beispiel nicht an die Rushdie-Affäre zu denken, die auch auf Frankreich übergegriffen hatte, und damit fiel der Blick auf die Aggressivität des islamischen Fundamentalismus, auf die Demütigung, die Frankreich in Nahost erfährt, wo es eine Rolle beansprucht, auf Einflussnahme, Terrorismus, Pressionen aller Art mit einem Endeffekt bedenklichster Sorte — einem fortschreitenden, im kleinen und kleinsten beginnenden Souveränitätsverlust. Niemanden hätte es erstaunt, wenn ein politisch so hellwacher Staatsmann wie Präsident Mitterrand als Garant der Unabhängigkeit und Wahrer der nationalen Souveränität augenblicklich reagiert und mit ein paar freundlichen, aber bestimmten Worten an die bestehenden Schulregeln erinnert hätte — worauf die gigantische Affäre in sich zusammengesackt wäre, bevor sie ausbrach.

Die Kontroverse

In Ermangelung eines solchen landesväterlichen Mahnworts rissen alle Ketten, barsten die Dämme und ergoss sich die Flut der Stellungnahmen und Kontroversen über das Land. In dieser desorientierten und turbulenten Situation gab es indes eine Art feste Handhabe, einen Routine-Standpunkt der militanten und durchschnittlichen Linken, der sich etwa so umschreiben lässt: In einem solchen Fall ist Toleranz am Platz — damit distanziert sich jede Persönlichkeit, die etwas auf sich hält, vom Rassismus, von der Fremdenfeindlichkeit und damit von der Rechten und dem Rechtsextremismus, der in Frankreich ohnehin schon bedenklich grassiert. So gab es für diese «gesunde

Linksreaktion» und spontane Hidscheb-Akzeptanz (die allerdings für den Rechtsextremismus auch einigen Provokationscharakter hatte) sozusagen ein vorgezeichnetes Schema. Genau in diese Kerbe hieb am 20. Oktober 1989 — nicht der Staatspräsident, sondern dessen Frau, Danielle Mitterrand. An einem ungezwungenen und sonst wenig beachteten Auftritt in der Provinz liess sie gegenüber Medienvertretern die Bemerkung fallen: *«Wenn der Schleier Ausdruck einer Religion ist, müssen wir die Traditionen jedwelcher Art akzeptieren.»* Nun hatte man, wenn auch kein Musterbeispiel der Klarheit, so doch ein Votum von höchster Stelle zugunsten des Hidscheb vor sich. Indes stellte die Erklärung der Präsidentengattin zu einer so hochsensiblen und hochpolitischen Frage ein absolutes Novum dar. Für die französischen First Ladies, die mit keinen offiziellen Funktionen betraut sind, ist Zurückhaltung Tradition. Danielle Mitterrand hat damit allerdings Mühe, und sie wurde von ihrem Mann schon einmal zur Diskretion gemahnt, als sie verkündete, die Regierung Chirac stelle lauter Unfug an. Da ihre Stellungnahme zum Hidscheb von keiner Reaktion ihres Gatten gefolgt war, musste sie in einem so monarchistischen System wie der Fünften Republik die Funktion eines Orakels übernehmen. Infolgedessen präjudizierte sie den weiteren Verlauf der Affäre und beraubte insbesondere die Regierung jeder Handlungsfreiheit.

Unterdessen war eine Diskussion von seltener Virulenz und Farbigkeit angerollt. Zunächst hielten sich natürlich viele darüber auf, dass eine so lachhafte Schärpe überhaupt einen solchen Rummel auslösen konnte. Dann gab es Erzieher und moralbewusste Bürger,

die fanden: Endlich gibt es einmal ernsthafte, gegen jede Unsittlichkeit gefehte Mädchen — soll ausgerechnet gegen diese eingeschritten werden? Doch verbreitete sich auch der Verdacht, die Töchter seien einfach manipuliert. Dies war insbesondere die Meinung des Schulvorstehers, der seine Untersuchungen angestellt hatte. In den Stellungnahmen katholischer Geistlicher äusserte sich nicht etwa besorgter Abwehrwille gegen den islamischen Vorstoss, sondern eine auffallend positive und interessierte Anteilnahme. Bei dem durch die Hidscheb-Toleranz sich abschwächenden Laizismus konnte nämlich auch für sie etwas abfallen: gewisse Lockerungen zum Beispiel für den Religionsunterricht — nicht etwa in den Schulen, aber durch die Freigabe gewisser Stunden im Wochenplan. Die Gegner der Toleranz aber meldeten sich nicht weniger vernehmlich. Sie wandten sich gegen die Duldung des Kopftuches als kulturelles Attribut, in dem es fremde Kulturen zu respektieren gelte. Wenn dem so sei, protestierten diese Kritiker, so sei nicht einzusehen, weshalb einem weiteren Brauchtum verschiedener Kulturen in Frankreich nicht das gleiche Gastrecht gewährt werde, so zum Beispiel der Exzision (Klitorektomie oder Beschneidung weiblicher Kinder), beziehungsweise gar des Kannibalismus, dessen ethnologische und kulturelle Verankerung dort, wo er vorkommt, ja niemand mehr anzweifelte. Ein Fall von Exzision war übrigens gerade vorgekommen, und die fehlbare Mutter, eine Afrikanerin aus Mali, war, dank bloss bedingtem Strafvollzug, der Gesetzesstrenge der Republik entgangen.

Die sogenannte Toleranz, die laut ersten Äusserungen von höchster Warte zur Duldung des Hidscheb füh-

ren sollte, stiess also auf das Haupthindernis des konsequenten Laizismus, nebst ein paar anderen Argumenten. Doch es kam noch zu einem zweiten, besonders spektakulären Zusammenprall — der Kollision mit dem Feminismus. Wie? so empörten sich Frauenrechtlerinnen, sollten wir in Frankreich zur Zurücksetzung und Unterwerfung der Frauen Hand bieten, zum Rückfall in mittelalterliche Zustände? Denn dafür, und nicht nur für die Religion, war doch der Hidscheb auch Symbol. Sollten die jungen Muslimfrauen, die in verschiedenen Ursprungsländern um ihre Emanzipation kämpfen, ausgerechnet in Frankreich, wo sie besondere Chancen haben, auch noch gehemmt werden? Einige der profiliertesten Figuren der französischen Frauenbewegung, so die ehemalige sozialistische Ministerin für Frauenrechte, Yvette Roudy, und die von allen wichtigen Frauen- und Linksengagements her bekannte Publizistin, Anwältin und Abgeordnete Gisèle Halimi protestierten in diesem Sinn. Frau Halimi erklärte unter anderem: *«Der Schleier ist ein Symbol für die Alienation der Frau und ihrer Unterwerfung unter den Mann.»* (. . .) *«Die Frauen, die ihn tragen, schicken sich auch darein, verstossen und bei Ehebruch gesteinigt zu werden. Einen solchen Rückschritt können wir in Frankreich nicht dulden. In Algerien demonstrieren die Frauen für ihre Rechte. Wir helfen ihnen nicht, indem wir den Hidscheb bewilligen.»*

Verlegenheit eines Ministers

Mehrere sozialistische Minister, unter ihnen Jean-Pierre Chevènement, sprachen sich ebenfalls gegen die Duldung des Hidscheb aus. So tat sich ein Riss auf im sozialistischen Establish-

ment. Es entstand auch ein klarer und peinlicher Widerspruch zu dem am 20. Oktober gefallenem «Orakel». Doch sowohl die Frauenvertreterinnen als auch die Minister unterliessen es geflissentlich, darauf Bezug zu nehmen. Der ehemalige Präsidentenberater Régis Debray bekannte sich als Streiter für die Laïcité. Zusammen mit dem Philosophen Alain Finkielkraut wandte er sich gegen den Kapitulationsgeist und erhob gar den Warnfinger vor einem *«München der republikanischen Schule»*.

Bei alldem gab es eigentlich eine in erster Linie zuständige Behörde: das Erziehungsministerium. Doch dessen Inhaber, Lionel Jospin, zeigte sich inmitten der Wirbel weitgehend überfordert und hilflos. In einer ersten Reaktion stimmte er in Danielle Mitterrands Toleranzempfehlung ein. Damit enttäuschte er die Laizisten und desavouierte den Schulvorstehener von Creil, der die Hidscheb-Mädchen von den Klassenzimmern ausgeschlossen hatte. Jospin suchte eine Ausflucht und wandte sich an den «Conseil d'Etat», das höchste Verwaltungsgericht, der die Praxis der Laïcité genauer definieren sollte. Er erntete ein ausbalanciertes Rechtsgutachten, das ihn in seinem Weder-Fisch-noch-Vogel-Dilemma keinen Schritt weiterbrachte. Unter wachsenden Protesten aus eigenen Reihen und Lehrerkreisen straffte er allmählich seine Haltung. Endlich rückte er am 6. Dezember mit einem Rundschreiben heraus. Darin hiess es, dass die Schülerinnen keine ostentativen und im Dienste des Proselytismus stehenden Insignien tragen dürften. In den Problemfällen empfahl Jospin den Dialog, um den Verzicht auf den Hidscheb zu erwirken. Den örtlichen und Schulbehörden obliege es auch, abzuklären,

ob Proselytismus vorliege. Diese Überwälzung auf das Lokalfeld öffnete das Tor zu einer Vielzahl von Lösungsversuchen und Regelungen, eine Prozedur, die höchst erstaunlich wirkt in einem Land, dessen Schulsystem sonst ungewöhnlich streng und fast krankhaft zentralisiert ist.

Doch nun setzte sich in den Konfliktsfällen mehr und mehr die laizistische Lösung durch. So konnten die Mädchen von Creil schliesslich zum Ablegen des Hidscheb bewogen werden. Diese Affäre von Creil war übrigens in gewissem Sinn ein Glücksfall. Es fügte sich, dass der Schulvorsteher des betreffenden Collège, Ernest Chénière, ein farbiger, aus Martinique stammender Franzose war, so dass er nicht befürchten musste, des Rassismus bezichtigt zu werden. In seiner strapaziösen und fast historischen Rolle, auf die dieser friedliche Schulmann gern verzichtet hätte, wurde er indes noch Gegenstand von Todesandrohungen. Womit ein wenig das Rushdie-Syndrom aufflackerte. Auch wurden mit der Hidscheb-Offensive islamische Forderungen angemeldet, in denen man ein weiteres Vortasten des Fundamentalismus erblicken konnte. Sie bestanden in dem da und dort geäusserten Wunsch, die moslemischen Schülerinnen möchten doch auf gewisse Fächer verzichten dürfen, so auf Turnen oder Biologie, ja selbst die Koedukation erschien als eine Zumutung, von der diese Mädchen eigentlich verschont werden sollten. Doch diese Anliegen stiessen auf eine geschlossene Front der Ablehnung.

Der «Front National» als Nutzniesser

Während all diesen Vorgängen spielten sich Ereignisse auf ganz anderem

Feld ab, die aber zum Hidscheb- und Immigrationsproblem nicht ohne Bezug waren. Bei parlamentarischen Teilwahlen erzielte der rechtsextreme «Front National» (FN) am 3. Dezember nie gesehene Erfolge. In Dreux westlich Paris feierte die FN-Kandidatin Marie-France Stirbois mit über 60 Prozent Stimmen einen Triumph, und in einem Marseiller Wahlkreis verpasste eine andere FN-Kandidatin nur knapp ein zweites Mandat für die Nationalversammlung. Kennzeichnend war zudem in beiden Fällen der Kollaps des sozialistischen Stimmenpotentials. Dies führte mithin zu einer fast ungeheuerlichen politischen Novität: Angesichts der rechtsextremen Gefahr rief die sozialistische Parteiführung für die Stichwahl zum Schulterschluss mit den Bürgerlichen auf — eine herzerreissende Parole, die indes von geringer Wirkung blieb.

Es war ein grausames Erwachen, das Frankreich erlebte. Man hatte anscheinend vergessen, was für fabelhafte Chancen, was für herrliche Zeiten dem Front National mit dem Immigrantensproblem — potenziert noch durch die Hidscheb-Affäre — beschieden waren. Gerade in Dreux war vor sechs Jahren der erste Alarm um den Rechtsextremismus aufgeflackert: Bei Gemeindewahlen hatte der FN das «erschreckende Resultat» von 16,7 Prozent Stimmen erzielt.

Der unheimliche Rechtsextremismus war also längst als Dauerbrenner vorhanden — wie war es möglich, dass es plötzlich zu einer zweiten Explosion kommen konnte? Um dies zu verstehen, muss man zunächst einen neuen Begriff prägen: Selbstterrorismus. Die Franzosen haben sich von Anfang an in ihr Immigrationsdrama hineinterrorisiert. Es war ein ganz bestimmter, fata-

ler Mechanismus. Voraussetzung dazu war die krasse politische Scheidung in Rechts und Links, im Zusammenhang mit dem ständigen Machtkampf und Ringen um die Alternative. In dieser Gegenüberstellung verstanden sich die Sozialisten stets ein Image der moralischen und ethischen Überlegenheit zu geben. Dies galt für die verschiedensten Gebiete, aber im Problemkreis Immigration-Rassismus hatte es auf die Rechte eine besonders vernichtende Wirkung.

In einem Land, das die Besetzung zur Hitlerzeit erlebt hatte, mussten gewisse Assoziationen eine besondere Bedeutung erlangen. Dabei erfasste die Anschuldigung des Rassismus nicht nur den Rechtsextremismus, sondern erstreckte sich als ständiger Verdacht auf die gesamte Rechte. Gewisse Vorfälle liessen dies als nicht ganz unbegründet erscheinen. Aber die Bürgerlichen bildeten ein buntes Lager, und es war zum Beispiel einer der ihren, der Zentrist Bernard Stasi, der 1984 das Überfremdungsgespenst mit dem Buch beschwor: «Die Immigration, eine Chance für Frankreich». Jedenfalls aber wurde das Land einem von links inspirierten moralischen Imperativ unterstellt, der vieles beeinflusste. Er setzte die Bürgerparteien unter Druck, wenn sie in Versuchung gerieten, mit dem FN Wahlbündnisse einzugehen (was dann lokal trotzdem vorkam), so dass den Sozialisten selbst als Minderheit die Machterhaltung gesichert wurde. Doch dieser Imperativ wirkte noch in tausend kleinen Dingen und schüchterte jeden ein, der etwas zur Immigration sagen wollte — er riskierte den Vorwurf des Rassismus und der Sympathien mit dem rechtsextremen Le Pen. Die Medien fühlten sich gehemmt in Berichten über «erschrek-

kende Zustände» in Immigrations-«Ghettos», auch hüteten sie sich, Detailspekte von der «Aussaugung, Übernutzung und Verlausung» der Gesundheits- und Sozialsysteme durch Immigranten zu schildern. Ämter hielten Statistiken zurück über die (wenn auch nur gering) erhöhte Kriminalität in Immigrationsbevölkerungen. Als unerwünscht und unsympathisch galten ferner Presseberichte und -studien über «galoppierende Demographie» in Drittweltländern und dem daraus resultierenden, wachsenden Einwanderungsdruck — dies, zusammen mit der erhöhten Vitalität der bereits eingewanderten Fremdassigen, drohte in wenigen Jahrzehnten Frankreichs Identität auszulöschen. Allenfalls mochten solche abwegigen Recherchen rechtslastigen Publikationen vorbehalten bleiben.

Diese Atmosphäre der Verdrängung und Tabuisierung musste für einen Le Pen zu einem wahren Dorado werden. Dieser auferlegte sich keine Hemmungen. Er paradierte als einziger Wahrheitsverkünder, als ein Rufer und Warner, der das heraussagt, was andere nur denken. Er verteufelte alle anderen Politiker als eine finstere Viererbande, deren scheinbar zerstrittene Mitglieder letztlich die gleiche schädliche und feige Politik betreiben. Er forderte einen Abbau des Immigrantenbestandes; er proklamierte aber auch: Alle Massnahmen zu einer Stabilisierung oder Reduktion sind nutzlos, so lange unser Sozialsystem als eine wahre Ansaugpumpe auf Einwanderer von Drittweltländern wirkt — infolgedessen müssen gewisse Sozialleistungen den Franzosen vorbehalten werden. Vor perfidesten Argumenten machte er nicht halt: die Immigranten seien ein riesiges Reservoir für Terroristen —

eine infame Verallgemeinerung, mit der er die latente Terrorangst ausschaltete. Dann aber leistete sich Le Pen den Luxus, als einziger echter Demokrat aufzutreten, als ein Politiker, der endlich dem Volk das Wort gibt und sich diesem sogar selber unterstellt: unablässig fordert er in Immigrationsfragen die Volksabstimmung.

Ein Einwanderungsland?

Dass etwas nicht stimmte, wurde immer deutlicher erkannt. Von einer ideellen Bewältigung der Einwanderungsfrage konnte keine Rede sein. Alt-Präsident Giscard d'Estaing posaunte durch die Medien: Man sollte wissen, was man will. Unsere Einwanderungspolitik ist nie klar definiert worden. Ob wir eine veränderte Gesellschaftsform wollen, zum Beispiel eine «multikulturelle», und was das sein soll, wurde nie festgelegt. Nie hat das Parlament diese Frage grundsätzlich behandelt. Nie hat die Regierung die fundamentale Erklärung abgegeben: Wir sind ein Einwanderungsland — oder: Wir sind kein Einwanderungsland.

Tatsächlich hatte die Immigrationsfrage zwar stets zu reden gegeben und zu vielen Massnahmen geführt, aber immer in einer «ideologischen» Befangenheit, in der Gegenüberstellung: freundliche und grosszügige Linke — frostige und restriktive Rechte. Im Rückblick resümiert sich dies so: Nach massiver Zulassung und Anheuerung von billigen Arbeitskräften in den sechziger Jahren verfügte die Regierung Giscard 1974 (nach dem «Ölschock») erstmals eine «Suspendierung» der Immigration. 1975 erliess sie ein Dekret zur Ausschaffung illegaler

Immigranten. Sie bewilligte hingegen den Nachzug der Familienangehörigen. 1977 folgte ein Plan zur Rückführung von Arbeitslosen dank einer Finanzhilfe; er erfasste rund 90 000 Interessenten. 1981 veranlasste die Linksregierung die Regularisierung von 120 000 illegalen Aufenthaltstiteln. 1983 bewilligte sie den Familiennachzug. Im gleichen Jahr aber verschärfte sie die Ausschaffungspraxis gegenüber den Illegalen. 1984 ergriff sie Massnahmen zur Erschwerung der Familienzusammenführung. Nach dem Regierungswechsel von 1986 (Cohabitation) war es Innenminister Pasqua, der die Ausschaffungspraxis verschärfte — die «*loi Pasqua*» erlaubte die Ausweisung durch blosse polizeiliche, statt richterliche Verfügung. 1989, nach dem neuen Machtwechsel, schaffte die Linksregierung die «*loi Pasqua*» ab und ersetzte sie durch die «*loi Joxe*». Diese Chronik ist indessen unvollständig und gibt ein unzureichendes Bild vom ständigen Hin und Her der Massnahmen und den immer wieder neuen Gesetzen. Sie zeigt hingegen gewisse Widersprüche, in die die Sozialisten in ihrer Regierungspraxis hineingerieten. So schrieb «*Le Monde*» (12. Oktober 1984): «*Man muss indessen gegenüber dem Vorgehen der Regierung die ernsthaftesten Vorbehalte anbringen. Der Entscheid, die Einwanderung der direkten Angehörigen eines Fremdarbeiters nach Belieben zu komplizieren, ist in totalem Widerspruch mit der seit 1981 geführten Sprache.*»

Das Boot ist voll

Nun, diese vergangenen Widersprüchlichkeiten sind nichts im Ver-

gleich zu der epochalen Wendung, die die Sozialisten ab Dezember 1989 vollzogen, unter dem Eindruck der Hidscheb-Affäre und der Wahlergebnisse. Ihre traditionelle Immigrationsphilosophie war sichtlich erschüttert, und ihre Umstellung äusserte sich vor allem in einer radikalen Sprachrevision. So passierte es dem Staatspräsidenten persönlich, dass ihm das Wort «Toleranzschwelle» entfuhr — ein Ausdruck, der früher in Linkskreisen nur als anrühmig gelten konnte. Und nachdem einst François Mitterrand *«alle Ausländer, die in Frankreich leben wollen, willkommen»* hiess, waren jetzt durchwegs andere Töne zu vernehmen. So trat Premierminister Michel Rocard mit einer Reihe umwälzender Proklamationen hervor: *«Frankreich kann nicht alles Elend der Welt beherbergen. — Die wirtschaftliche Lage erlaubt es Frankreich nicht, ein Immigrationsland zu bleiben. — Eine richtige Integrationspolitik ist als eine eigentliche Verbotspolitik zu verstehen, wobei der ganzen Welt zu verkünden ist, dass Frankreich nicht alle aufnehmen kann, die ausserhalb ihres Landes eine Hoffnung suchen»*. — Das bedeutet, dass sich die sozialistische Immigrationsdoktrin, in einschlägigen Mottos ausgedrückt, von der Devise *«Unser Haus ist offen»* zu: *«Das Boot ist voll»* wandelte.

Die schamhaften Hüllen fielen, und eine Welle von «Entdeckungen» ging durch das Land. Die Medien befassten sich plötzlich eingehender mit gewissen Aspekten der Immigration, zum Beispiel mit den *«clandestins»*, den illegalen Aufenthaltern, und den Asylanten. Beim Problem der Illegalen zeigte sich dessen Dimension (die Schätzungen gehen bis zu 1 Million) und die damit verbundene Heuchelei. Von den *«clan-*

destins» nährt sich nämlich weitgehend die Schwarzarbeit, die die französische Wirtschaft mit einem Umsatz von schätzungsweise 30 Milliarden Francs befruchtet. Ohne sie müssten gewisse Zweige der Konfektion absterben und durch Importe ersetzt werden, ohne sie würden in der Landwirtschaft Ernten verlorengehen, ohne sie hätte der TGV-Atlantique nicht gebaut werden können, und ohne sie wären die Vorarbeiten zur Winterolympiade 1992 in Savoyen lahmgelegt. Als im letzteren Fall der «Skandal» ausbrach, schritt man statt zur Bestrafung der fehlbaren Arbeitgeber und zur Ausweisung der illegal Beschäftigten, eiligst zur «Regularisierung» der Aufenthalter.

Bei den Asylanten muss vor allem von falschen Asylanten gesprochen werden, das heisst von falschen politischen Flüchtlingen. Wer sich in Frankreich fälschlicherweise als politisch Verfolgter meldet, betrügt zwar die Behörden, kommt dann aber in den Genuss einer erfreulichen Laxheit. Er erhält zunächst vom zuständigen Amt einen Empfangsschein für sein Asylgesuch. Dies sichert ihm auch gleich ein Unterstützungsgeld samt Aufenthaltsrecht und Arbeitsbewilligung. Die Prozedur zur Abklärung seines Falles samt Rekursen kann sich dann über Jahre hinausziehen und schliesslich überhaupt versanden. Die Asylgesuche — 1989 waren es rund 70 000 — dienen zu 80 Prozent der illegalen Einwanderung und schaden den 5000 bis 6000 echten Flüchtlingen.

Wer ist Immigrant?

Was man weiter in der Diskussion entdecken konnte, war die Begriffsver-

wirrung, die in dieser Thematik stets geherrscht hatte. Was sind Immigranten? Es sind zunächst Ausländer. Aber niemandem würde es einfallen, etwa einen Belgier oder Schweizer zu den Immigranten zu rechnen. Immigranten können auch Franzosen sein, Eingewanderte, die die französische Staatsbürgerschaft erlangt haben. Ein eigentliches Verhängnis liegt darin, dass mit Immigranten im Grunde Fremdassimilierte gemeint sind, so dass Fremdassimilierte, die längst Franzosen sind oder als solche geboren wurden, allzu oft die mit dem Immigrantenbegriff verbundene Unerwünschtheit und Diskriminierung zu spüren bekommen. Inmitten dieser Konfusion geistert seit Jahren das «Immigranten-Stimmrecht» durch die Landschaft, das von den Sozialisten postuliert wurde und das auch Präsident Mitterrand immer wieder erwähnt, auch wenn er gleichzeitig betont, die Franzosen seien dafür nicht reif. In Wirklichkeit handelt es sich um das Stimmrecht für Ausländer — das es nicht geben kann, solange das Stimmrecht durch die Verfassung an die Staatsbürgerschaft gebunden ist. Zur Verunsicherung und Reizung der Sensibilitäten trugen auch noch Ausdrücke wie «*société multiculturelle, multiraciale, pluri-ethique*» bei — lexikologische Herausforderungen, die wiederum jene auf den Plan riefen, die ein traditionelles Frankreich und dessen «nationale Identität» zu definieren suchten. Dabei setzte sich immerhin die Einsicht durch, dass Frankreichs Identität keineswegs auf einem Rassenbegriff fassen kann. Seine Tradition — nicht zuletzt auf Grund der Kolonialgeschichte und der bis heute verbliebenen Überseebesitzungen und «départements» — bestand stets in einer selbst-

verständlichen Akzeptanz andersrassiger Mitbewohner. Zwar hat es sich diese Toleranz zum Teil eingeredet — in einem Land, das den Poujadismus hervorgebracht hat, muss der bornierte Kleinbürgertypus von Hause aus massiv vertreten sein. Doch riefen gewichtige Diskussionsteilnehmer, so der Ethnologe Jacques Soustelle, in Erinnerung, dass Frankreichs nationale Identität vorab als kulturelle Identität zu definieren ist: eine durch das Geschichts- und Zivilisationserbe sowie durch Schule und Sprache geprägte Gesellschaft¹. Erneut taucht hier die Schule auf. Nicht umsonst trägt das staatliche Schulsystem den Namen «*Education nationale*». Diese «nationale Erziehung» — die lange Zeit selbst die eigenen Sprachminderheiten bekämpfte — ist ein Instrument der Zusammenfügung und Vereinheitlichung, das auf beachtliche Erfolge zurückblicken kann. So hat Frankreich schon eine imposante Vergangenheit als ein Immigrationsland, das immer wieder massive Einwanderungsschübe verkräftete. Es ist darin mit keinem andern europäischen Land vergleichbar, eher mit den USA, die es an Assimilationskraft womöglich noch übertrifft. Ein Drittel der heutigen Franzosen haben ausländische Vorfahren. Als vor kurzem die Diskussionswellen hochgingen, rief ein Gaullist aus: «*Wir sind alle Immigranten, es kommt nur darauf an, von welcher Epoche.*»

Überforderte Assimilationsfähigkeit

Die heutige Tragik besteht darin, dass sich Frankreich mit seiner Assimilation am Rand fühlt, dass ihm jene eklatante Selbstsicherheit, die es einst

kennzeichnete, abhanden gekommen ist. Insbesondere wird es durch die nordafrikanische, beziehungsweise moslemische Einwanderung überfordert. Wäre nicht die damit verbundene, extreme Fremdkultur und Religionsfrage im Spiel, so wäre wohl überhaupt kein Problem entstanden. Frankreichs «Überfremdung» beträgt nur 7 bis 8 Prozent, dies ist der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Diese Einwohnerschaft teilt sich wie folgt in die Religionen, beziehungsweise Konfessionen: Katholiken 45 Millionen, Moslems 3 bis 4 Millionen, Protestanten 1 Million, Juden knapp 1 Million. Dies zeigt das Gewicht des Islams als zweite Religion des Landes, die hier zudem nicht «heimisch» ist.

Zur Zahlenstärke kommt das qualitative Element: Die religiöse Intensität und Praxis ist bei vielen Moslems im Steigen begriffen. Ganz abgesehen von der Hidscheb-Affäre kann sich dies auch in anderem und in positivem Sinn auswirken. Es kommt vor, dass in Elendsquartieren, wo die jungen Moslems der Verwahrlosung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Drogensucht ausgesetzt sind, sich dieses lokale Sozialproblem beruhigt, weil die Jugendlichen (nicht immer von selber) zum Glauben zurückfinden. Dies bleibt jedoch ohne Einfluss auf den Stellenwert von Immigration und Islam in der französischen Öffentlichkeit. In dieser herrscht eine bedenklich negative, emotionsgeladene Haltung vor, die offenbar auf einer katastrophalen, aber durch Umfragen belegten Assoziation beruht: Immigration-Islam-Iran-Fundamentalismus-Terrorismus. Dabei ist die grosse Mehrheit der angesiedelten Moslems keineswegs vom Fundamentalismus und Aktivismus erfasst, ja verschiedene ihrer repräsentativen und gemässigten

Sprecher bezeugen ihren Abwehrwillen gegenüber den islamischen Fanatikern. Somit wäre es paradox, wenn der französische Staat durch falsch verstandene Toleranz die extremen Glaubensstreiter fördern würde — zum Leidwesen der friedlichen Ansiedler.

Ein Integrationsprogramm

Die Regierung sah sich allgemein nach den jüngsten Ereignissen nicht nur zum Umdenken, sondern auch zum Handeln veranlasst. Die Vorstellungen, die sie sich dabei macht, sind durch die Stichworte «Bewältigung» und «Integration» gekennzeichnet. Die Bewältigung setzt zunächst voraus, dass der Einwanderungsstrom aufhört. Die schon anwesenden Immigranten, mit deren Abwanderung nicht gerechnet wird, sollen dann durch Förderung der Integration «bewältigt» werden. Diese Richtlinie bedeutet das Festhalten an der Tradition der Eingliederung von fremden Zuzüglern. Das Konzept einer multikulturellen Fraktionierung, eines Mosaiks von apartheidartig getrennten kulturellen Enklaven bleibt unfranzösisch.

Folgerichtig lancierte die Regierung ein Integrationsprogramm (es ist allerdings nicht das erste) und beschloss eine Reihe institutioneller und praktischer Massnahmen. Sie ernannte einen Generalsekretär für Integration, betraute einen speziellen Regierungsausschuss mit den einschlägigen Massnahmen sowie auch noch einen «*Conseil de réflexion*» (unabhängige Persönlichkeiten) mit beratender und überwachender Funktion. Die praktischen Massnahmen erstrecken sich auf sozialen Wohnungsbau, Sanie-

rung und Auflösung von «Ghettos», Berufsausbildung, Sprachhilfe usw. Verschiedene Sozialmassnahmen gelten jedoch den Benachteiligten allgemein und sollen nicht etwa immigrationsbezogen und daher segregativ wirken. Im weiteren will die Regierung eine strengere Grenzkontrolle verhängen, wozu sie von den EG-Partnern die notwendige verstärkte Zusammenarbeit erwirken will. Zur Ausschaffung der Illegalen werden «erhöhte Mittel» eingesetzt. Wirksamer angefasst wird auch das Problem der Asylanten; die zuständigen Instanzen erhalten mit 142 Millionen Francs eine fast verdreifachte finanzielle Dotierung. Nicht zuletzt bezeichnet die Regierung ihr Programm als eine «Strategie» im Hinblick auf die Einbürgerung — dies *«in Respektierung der hohen Prinzipien unserer Republik — Laizismus, Toleranz, Solidarität — wobei jedoch jedem eine freie, an seine Ursprünge gebundene Entfaltung gewährleistet ist»*.

Mit diesem beachtlichen und ansprechenden Programm nimmt die französische Regierung anscheinend für die Zukunftsentwicklung den Idealfall in Aussicht und hofft, noch einmal mit einem historischen Einwanderungsschub fertig zu werden. Doch vermutlich ist hier einige Skepsis am Platz. Verschiedene rassistisch-kulturelle Enklaven — etwa in Marseille, Lyon und Gross-Paris — haben sich derart verfestigt, dass die Auflösung dieser «Ghettos» kaum denkbar ist. Sodann wollen sich heute viele moslemische Immigranten nicht integrieren lassen; laut Umfrage ist es die Hälfte. Schliesslich verbleibt als Unsicherheitsfaktor der Immigrationsdruck, der sich laut Cassandra-Rufen noch bedeutend verstärken könnte. Man blickt von Frankreich aus vor allem auf den Mittelmeerraum

und beobachtet die demographische Diskrepanz zwischen den nördlichen und den südlichen Ländergruppen: Hier Überalterung und Geburtenmangel — dort Vitalität und Überschüsse. Daraus lässt sich leicht ein «Bürgerschreck» aufbauen, die Gefahr eines neuen, invasionsartig anschwellenden Einmarsches aus dem Süden. Im Oktober 1985 veröffentlichte dazu das *«Figaro-Magazine»* umfangreiche demographische Erhebungen unter dem alarmierenden Motto: *«Werden wir in 30 Jahren noch Franzosen sein?»* Diese beunruhigende Darstellung stützte sich einerseits auf die grössere Fruchtbarkeit der schon anwesenden Immigranten und anderseits auf zusätzliche Einwanderung auf Grund des demographischen Druckes von Süden (von weiteren Drittweltländern ganz abgesehen). Es wurde unter anderem vermerkt, dass Frankreichs Bevölkerung etwa gleich gross ist wie die der drei Maghreb-Länder (Tunesien, Algerien, Marokko), dass die letztere sich aber ums Jahr 2015 mit 111 Millionen verdoppelt haben wird. So kann Frankreich Forderungen und «Pressionen aller Art» ausgesetzt werden, im Hinblick etwa auf die Besiedlung seiner oft noch dünn bevölkerten Landesregionen.

Überflutetes Europa

Eine Salve kritischer Reaktionen seitens der Regierung und der wohldenkenden Presse richtete sich gegen die finsternen Prognosen dieses rechtslastigen Organs. Und doch beschäftigte die Bevölkerungsentwicklung mitunter auch unanfechtbare Persönlichkeiten, so etwa den renommierten Demogra-

phen und Soziologen *Alfred Sauvy*, der 1978 ein Buch veröffentlichte *«L'Europe submergée»* (Verlag Dunod). Darin erinnerte er an den Ausspruch des früheren algerischen Präsidenten Boumedienne: *«Eines Tages werden Millionen Menschen aus den südlichen Ländern in relativ zugängliche Gebiete der nördlichen Hemisphäre einbrechen, um dort ein Überleben zu suchen.»* Sauvy sah aber auch die Kollision des Islams mit dem französischen Laizismus voraus, indem er schrieb: *«Nach dem koranischen Recht besteht völlige Einheit zwischen der Religion und dem Staat, dies im Gegensatz zum französischen Laizismus, welcher Staat und Religion radikal voneinander trennt. Bisher scheint dieser Gegensatz zu keinen ernstlichen Konflikten geführt zu haben, aber der Fall kann eintreffen.»* Der Fall traf ein: die Hidscheb-Affäre.

Gegenüber dem Immigrationsproblem gibt es die gutgemeinte, aber vielleicht unrealistische Regierungspolitik, es gibt die rabiante, aber eindeutige Politik eines Le Pen, im übrigen dominieren Scheuklappen und Vogel-Strauss-Politik. Und doch gibt es neben dem Standpunkt Le Pens — und in absolutem Kontrast zu diesem — noch eine Haltung, die an logischer Konsequenz nichts zu wünschen übriglässt. Es ist die Haltung des Abbé Pierre. Dieser Gottesmann ist der einzige, der Le Pen etwas entgegenzusetzen hat — einen Lösungsvorschlag, der an den Realitäten nicht vorbeigeht. Der 77jährige Abbé Pierre erlangte in den fünfziger Jahren durch seine Armenfürsorge Berühmtheit, und er feiert seit einigen Jahren infolge der «neuen Armut» ein markantes Comeback. Zur Immigrationsfrage äussert er sich (resümiert) wie folgt: Man kennt den Slogan: *«Frankreich den Franzosen!»* Ich war

einst auch dafür, nämlich in der Widerstandsbewegung. Aber heute sind die Weltumstände anders, und es sollte heissen: *«La terre aux humains»* (Die Erde den Menschen — sie gehört allen). Betrachten wir den Mittelmeerraum. Zur Zeit der Kolonisation Nordafrikas hatte Frankreich dreimal so viel Einwohner wie jene Länder. Laut den Rechnungen der Demographen wird das Verhältnis in 30 Jahren umgekehrt sein: dreimal mehr Maghrebiner als Franzosen. Die Nordafrikaner werden auf ihrem kargen Boden und in ihren Wüstengebieten ihr Leben nicht mehr fristen können. Viele haben in Frankreich Verwandte. Sie hören von den Überproduktionen der französischen Bauern, die durch die EG-Abmachungen bestraft werden. Sie hören von fruchtbaren, dünn besiedelten Gebieten. Glaubt man, dass solche Gegensätze ohne Spannungen oder gar gewaltsame Auseinandersetzungen bestehen bleiben können? Dazu kommt die expansionistische, imperialistische, fundamentalistische, fanatische Tendenz eines Teils des Islams. Dem gilt es auch Rechnung zu tragen. Unternimmt man nichts, so kann die Drohung und Gewaltanwendung die verschiedensten Formen annehmen. Verstärkter Terrorismus ist nicht ausgeschlossen, ja es ist beispielsweise nicht undenkbar, dass dereinst miniaturisierte Atombomben als furchtbare Mittel der Erpressung dienen können. Solchen Gefahren ist durch Verhandlungen zuvorzukommen. — Hält man dem Abbé Pierre entgegen, dass zwischen dem expansiven Islam und den sanftmütigen (masochistischen?) Christen ein krasses Ungleichgewicht herrschen könnte, so findet er, dass eben die christliche Glaubenskraft auch wieder erstarken sollte. — Wie dem auch sei,

die Anschauung des Abbé Pierre verdient vermerkt zu werden. Seine Theorie mag einen zwar etwas skeptisch stimmen, doch der Geistliche steckt den Kopf nicht in den Sand und hat auf beklemmende Fragen eine Antwort bereit. Praktisch besteht sie in der gefahrenbannenden und gewaltvermeidenden Präventivkapitulation. War

nicht schon irgendwo das Wort «München» gefallen?

Hans Ulrich Meier

¹ Diese Klarstellung findet sich allerdings schon 1954 bei Herbert Lüthy: «Frankreichs Uhren gehen anders», im Rahmen von aktuellen Ausführungen zur Immigration.

Afghanistans Libanisierungsgefahr

Ein Jahr nach dem sowjetischen Abzug

Ein Jahr nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ist die Regierung Najibullah in Kabul stärker, die Position des Widerstandes eher schwächer geworden. Die Möglichkeit, dass eine der beiden Seiten den Krieg gegen die andere mit militärischen Mitteln gewinnen könnte, hat so stark abgenommen, dass sie heute als gering bezeichnet werden muss.

Das Überleben Najibullahs und seiner früher offen kommunistischen Partei dürfte auf drei Hauptfaktoren zurückgehen: die starke Unterstützung mit Waffen, Geld und Lebensmitteln, die er von der Sowjetunion erhielt; die Spaltungen unter seinen Feinden, den Mujahedin, und die entsprechenden Führungsmängel und inneren Auseinandersetzungen; der Umstand, dass eine Minderheit von Gewicht unter den städtischen Afghanen den Fundamentalismus grosser Teile des Widerstandes fürchtet und ihre Rettung eher in einem «gezähmten» Regime der Staatspartei Najibs als in einer künftigen fundamentalistischen Regierung erblickt.

Die Supermächte noch immer antagonistisch

Für die Amerikaner, die zuerst einen raschen Sieg des Widerstandes über die Regierung von Kabul erhofft hatten, die dann darauf setzten, dass der Widerstand mindestens eine grössere Stadt unter seine Macht bringe, und die Mitte des vergangenen Jahres den blutigen Zwist zwischen den beiden fundamentalistischen Widerstandsführern Hikmatyar und Ahmed Schah Masoud (der erste ist freilich ein bedeutend radikalerer Fundamentalist als der zweite) miterlebten, scheint nun die Zeit der Revisionen heranzurücken. Sie haben mit Moskau diesbezüglich Kontakt aufgenommen.

Moskau möchte in Afghanistan gerne Frieden sehen, schon wegen der Kosten des Krieges. Die Russen dürften jedoch gute Gründe haben, Najib nicht ohne weiteres fallen zu lassen. Er hat sich nun ein Jahr lang bewährt; er hat persönliche Beziehungen zu Gorbatschow und arbeitet gut mit ihm

zusammen. Wichtiger noch: Najibs Präsenz in Kabul erscheint heute als die beste Garantie dafür, dass kein fundamentalistisches Regime zur Macht kommt. Von einem solchen müssten die Russen befürchten, dass es auf die wenig stabilen und mit ihrer heutigen Lage höchst unzufriedenen muslimischen Republiken der Sowjetunion Einfluss zu nehmen suchte.

Ahmed Schah Masoud, der stärkste Guerillaführer des Nordens und selbst ein Tadschike, hat in den letzten Monaten Aufrufe zur Erhebung an die Tadschiken, der nach ihnen benannten Volksrepublik gerichtet, und es kommt immer wieder vor, dass seine Kämpfer über den Amu Darya, den einstigen Oxus, setzen und in die Randzonen von Tadschikistan einbrechen. Die jüngste Volkserhebung in Duschanbe, von Mitte Februar 1990, war eher nationalistischen als religiösen Charakters, doch das Nationalgefühl in Zentralasien beruht ohne Zweifel auf einer muslimischen Grundlage. Für Moskau stehen wesentliche Interessen auf dem Spiel.

Die Sieben von Peshawar

Unter den Politikern des Widerstandes in Peshawar, den Wortführern der dortigen sieben «Parteien», werden bereits Stimmen laut, die über den «Verrat des Westens» oder «der Amerikaner» klagen. Washington, sagen sie, und überhaupt die ganze westliche Welt, hätten geholfen, solange sie die Präsenz der Russen in Afghanistan und ihre Folgen für die weltstrategische Lage gefürchtet hätten. Nun, nach dem Abzug, liessen sie ihre Freunde im Stich. Je nach dem Standpunkt der betreffenden «Partei» wird hinzugefügt,

vielleicht seien die westlichen Staaten gar nicht daran interessiert, dass muslimische Kräfte in Kabul an die Macht kämen, oder: echte afghanische Nationalisten seien im Westen wohl weniger beliebt als Najibullah, der schliesslich bereit sei, seinen Mantel nach dem Wind zu richten. Hingegen beschwerten sich die kämpfenden Guerillagruppen darüber, dass die westliche und die arabische Hilfe noch immer primär den «Parteien» zuflüsse, deren Unfähigkeit, etwas gegen Kabul zu erreichen, wahrhaftig erwiesen sei, und die oft — etwa im Falle von Hikmatyar — sogar eine Gefahr für den Widerstand des Inneren darstellten.

Pakistan als politischer «Verteiler»

Die elf Jahre des Ringens haben in der Tat eine ebenso verwickelte wie unerfreuliche Lage geschaffen. Die Amerikaner waren auf Pakistan als Durchgangsland für ihre Hilfe angewiesen; Zia ul-Haqq liess sich seine Mitarbeit nicht nur finanziell, sondern auch politisch bezahlen. Er nahm das Recht in Anspruch, die Waffen den verschiedenen Gruppen zuzuteilen. Das Gros floss daher in die Hände von Hikmatyars Hizb-e-Islami und anderer Guerillaführer der Paschtunenzone des afghanischen Südens. Zia ul-Haqq und sein Geheimdienst träumten davon, eine pro-pakistanische, streng muslimische Paschtu-Regierung zu schaffen. Ob sie in Kabul sitzen würde, in Jalalabad oder in Kandahar, war für Pakistan unwichtig, solange sie sich nur auf Pakistan stützen musste und deshalb ein Klient und Verbündeter Islamabad würde, statt wie Afghanistan vor dem Bürgerkrieg ein Verbündeter und, in pakistanischen Augen, Klient Neu Delhis.

Seit der Schlappe von Jalalabad, das der von Pakistan aus gesteuerte Widerstand nach dem sowjetischen Abzug im März und April 1989 nicht erobern konnte, möchten die Amerikaner ihre Hilfe in vermehrter Masse direkt an die Kampfgruppen des Innern schicken. Doch das ist nicht einfach, weil Pakistan nicht umgangen werden kann und weil die Kanäle der Hilfe mit ihren Mittelsleuten und den ihnen zugestandenen Gewinnen tief eingefressen sind. Wenn die Gewinne ausbleiben, werden die bisherigen Nutzniesser für Obstruktionen sorgen. Es besteht ein ganzes Geflecht von Verbindungen, die aus Pakistan in die südlichen Provinzen Afghanistans führen, und es hat sich mit den Jahren institutionalisiert. Sogar auf der amerikanischen Seite haben sich bestimmte Interessen herausgebildet in der Gestalt von Lobbies der Hilfs- und Geheimdienstgruppen, die mit bestimmten afghanischen Partnern seit geraumer Zeit zusammenarbeiten und daher auf sie setzen. In der Praxis bedeutet das, dass die Kämpfer des Inneren und des Nordens, Männer wie Ahmed Schah Masoud, der dem von ihm geschaffenen Rat des Nordens vorsteht und seit dem 31. Juli mit Hikmatyar einen erbitterten Kleinkrieg führt¹, auf sich selbst angewiesen blieben und sich zurückgesetzt fühlen.

Kriegsherren im Inneren

Die Kampfgruppen des Widerstandes beherrschen den grössten Teil des offenen Landes ausserhalb der Städte. Doch weite Landstriche sind entvölkert. Ihre Bauern sind Flüchtlinge geworden. Die lebenswichtigen Bewässerungskanäle sind teils durch die

Kriegshandlungen zerstört, teils versintert; die Häuser sind zerstört, das Vieh umgekommen, Millionen von Landminen liegen auf den Feldern und in den Gärten. Zurzeit herrscht Hungersnot in der nordwestlichen Provinz *Badghis*, und andere nördliche Provinzen scheinen auch betroffen zu sein. Sie geht auf Heuschreckenplage und Viehseuchen zurück. Spritzmittel und Medikamente fehlen. Viele Bauern des Nordens, die den zehn Jahren des Krieges standgehalten hatten, stehen nur vor der Wahl auszuwandern, falls sie es noch vermögen, oder zu verhungern.

Je schwächer die Basis der Bevölkerung wird, auf die sich die Guerillagruppen stützen können, desto mehr wächst ihre Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern und Waffenlieferanten. Dies führt zu wachsenden Rivalitäten unter den einzelnen Gruppen, die einander aus Gründen der Ideologie, der ethnischen Zugehörigkeit, der Führungsrivalitäten und des Wettlaufs um erhoffte Führungsrollen in einzelnen Gebieten oder im gesamten Lande, scheel ansehen und misstrauen.

Die Regierung von Kabul mit ihren Geheimdienstleuten der *Khad* tut, was sie vermag, um die bestehenden Gegensätze zu vertiefen. Der übermächtige Fremde, die Sowjetunion, war ein gemeinsamer Feind, gegen den sich alle zusammenfanden, jedoch ohne sich zu verschmelzen. Najib, «der Kommunist, der an allem schuld ist», gilt auch allen Widerstandsgruppen als Feind. Doch er ist nicht im gleichen Sinn wie die Russen ein Landesfeind. Jeder Gruppenführer stellt auch die Frage: wo werde ich sein, wenn die Nachfolge Najibs durch politische oder militärische Entwicklungen spruchreif wird? Wenn ich keine Chance habe, in jenem Augenblick zuvorderst zu stehen, ist es

dann überhaupt in meinem Interesse, an seinem Sturz mitzuarbeiten, damit ein anderer daraus Nutzen zieht und am Ende mich zu zermalmen droht, falls er sein Ziel, die Herrschaft in Kabul, erreichen sollte?

Kriegsgesellschaft

Wie in Libanon haben die langen Kriegsjahre eine «Kriegsgesellschaft» hervorgebracht, in der die bewaffneten Gruppen den Ton angeben, ja ein politisches Monopol geniessen. Wie in Libanon erhalten die Kampfgruppen — auf beiden Seiten — Waffen und Gelder aus dem Ausland. Was es ihnen um so mehr erleichtert, der eigenen Gesellschaft, auf deren Unterstützung sie nur sehr teilweise angewiesen sind, ihre Herrschaft aufzuzwingen, ohne sich um ihre Meinung kümmern zu müssen. Dies gilt auf beiden Seiten. Najib könnte ohne die russischen Hilfsflüge, die Geld, Waffen und Nahrungsmittel bringen, schwerlich überleben. Der Widerstand kann sich auf dem flachen Land vielleicht längere Zeit halten, doch er leidet mehr und mehr unter den Schwächen seiner Führung, unter seinen Spaltungen und inneren Kämpfen.

Die Bevölkerung sehnt sich nach baldigem Frieden. Doch den Bewaffneten geht es um die Macht. Najib und seine Anhänger wollen sie in Kabul bewahren und womöglich mit politischen oder militärischen Mitteln auf das ganze Land ausdehnen. Auch die grösseren Kampfgruppen und die «Parteien» von Peshawar träumen davon, ihre Herrschaft über das ganze Land auszubreiten. Den kleineren Kampfgruppen — es sind Hunderte — liegt eher daran, ihren gegenwärtigen

Machtbereich mit keinem Rivalen teilen zu müssen, ihn eventuell auszudehnen und für die Zukunft abzusichern. Kein bisher «unabhängiger» Kommandant — sogar wenn er aus taktischen Gründen, um Waffen und Geld zu erhalten, in diese oder jene der fernen «Parteien» von Peshawar eintritt — will sich einem anderen unterstellen. Alle handeln sie nach dem Ausspruch Cäsars: lieber der Erste im Dorf als der Zweite in Rom — nicht ohne Grund, der Zweite läuft immer Gefahr, vom Ersten um einen Kopf kürzer gemacht zu werden.

Gleichgewichtige Reduktion als Ausweg

Die Libanisierung Afghanistans in diesem Sinne droht fortzuschreiten, solange die Aussenwelt die Kämpfer finanziert und bewaffnet. Eine Reduktion der Hilfslieferungen, wenn sie so durchgeführt würde, dass das Gleichgewicht zwischen Najib und seinen Gegnern ungefähr gewahrt bliebe, könnte die Kämpfer vielleicht zu politischen Übereinkommen zwingen. Die beiden Hauptgeldgeber und Waffenlieferanten haben begonnen, die Möglichkeit einer beiderseitigen Reduktion ihrer Lieferungen ins Auge zu fassen. Doch ihr wechselseitiges Misstrauen bleibt gross. Die Sowjetunion hat gute Gründe zu äusserster Vorsicht oder gar zu Versuchen, die Gegenseite zu überlisten. In den Vereinigten Staaten gibt es Parlamentarier von Gewicht, die an einen Sieg ihrer Verbündeten glauben, wenn man nur durchhalte. Die Klienten auf beiden Seiten tun natürlich ihr Bestes, um die Fortsetzung ihrer Unterstützung aufrechtzuerhalten, dazu gehört

auch die politische Beratung und Beeinflussung ihrer Supermachtfreunde. Die westlichen Länder haben durch die Schliessung ihrer Botschaften in Kabul vor dem Abzug der Russen einiges getan, um sich selbst eigener Informationsquellen zu berauben. Nur Frankreich hat seine Botschaft zu Beginn dieses Jahres wiedereröffnet.

Die Afghanen unter sich?

Die afghanischen Intellektuellen in Peshawar und in Kabul erklären seit Jahren: lasst uns alleine, und wir werden unter Afghanen schon eine Lösung finden. Doch im gleichen Atemzug beschwerten sie sich auch darüber, dass man ihrer Gruppe zu wenig helfe, wo doch gerade sie ein grosses politisches Potential besitze, nur gerade zurzeit, leider, Gefahr laufe, von Rivalen, die mehr Hilfe von aussen erhielten, ausgestochen und übermannt zu werden.

Der gleichzeitige und gleichgewichtige Abbau der Hilfe auf beiden Seiten², verbunden mit allen denkbaren Ermutigungen, zusammenzukommen und eine grosse Verhandlung zu beginnen, scheint heute der einzige Ausweg zu sein, falls es überhaupt einen geben sollte. Je deutlicher wird, dass keine Seite den Krieg gewinnen kann, desto mehr drängt sich dieser Weg auf. Wenn er nicht begangen wird, droht Kleinkrieg auf lange Zeit hinaus und ohne absehbares Ende. Doch der Weg des Unterstützungsabbaus und der Ermutigung zu politischen Lösungsversuchen wird nicht leicht zu begehen sein.

Theoretisch wäre eine Politik³ denkbar, die mit grösserer Wahrscheinlichkeit zur Wiederaufrichtung eines neu-

tralen und traditionellen afghanischen Staates führen könnte: Nur eine, die fähigste und wünschenswerteste Gruppe des Widerstandes, z.B. jene Ahmed Schahs, müsste künftig alle Hilfe des Westens erhalten. Dadurch könnten die anderen gezwungen werden, sich ihr unterzuordnen, oder sie würden von ihr eliminiert. Doch die Gegebenheiten im Westen, besonders in den Vereinigten Staaten, sind nicht derart, dass eine scharf gezielte Afghanistanpolitik durchführbar wäre; der afghanische «Pluralismus» würde jedenfalls schwer überwindbar sein.

Der Putschversuch seines Verteidigungsministers, Shahnawaz Tanai, vom 8. März 1990 hat das Regime Najibullahs gewiss geschädigt, aber nicht gestürzt. Die Ereignisse bestätigten die Isolierung Hekmatyars innerhalb des Widerstandes. Der Versuch fand statt kurz vor dem Beginn eines Prozesses gegen mehr als 100 Offiziere, die Kabul anklagte, im Dezember mit Hekmatyar einen Putsch ausgeheckt zu haben. Die Regierung erklärte, Tanai und Hekmatyar hätten zusammengearbeitet. Hekmatyar bestätigt dies nicht, forderte aber seine Partisanen auf, Tanai zu unterstützen. Die anderen Widerstandsführer weigerten sich, dies zu tun. Sie erblickten in Tanai einen Kommunisten so gut wie in Najib. Die Ursachen des Umsturzversuches lagen in der alten Spaltung zwischen der *Khalk*- und der *Parcham*-Faktion, die unter den afghanischen Kommunisten besteht. Khalk misstraute der «weichen» Versöhnungspolitik Najibs, da die harten Khalk-Kommunisten fürchteten, die Versöhnung könnte am Ende auf ihre Kosten zustandekommen. Tanai war einer der Führer der Khalk-Ausrichtung. Zwischen ihm und Najib bestand auch ein Disput wegen der

Truppen, Sondertruppen, bewaffneten Geheimdienststeinheiten, die Najib seinem direkten Kommando unterstellte unter Umgehung des Verteidigungsministers Tanai.

Arnold Hottinger

¹ Am 9. Juli 1989 wurden in der Takhar-Provinz 30 Kommandanten der Partei Ahmed Schah Masouds (Jamiat-e-Islami) von einem lokalen Kommandanten der Hikmatyar-Gruppe, Sayed Jamal, gefangengenommen und ermordet. Sie waren auf der Rückfahrt von einem Stabtreffen in Fer-khar. Fünf von ihnen wurden an Ort und Stelle erschossen, 29 gefangengenommen und am nächsten Tag ermordet. Ahmed Schah Masoud zog gegen Sayed Jamal zu Felde, nahm ihn und 300 seiner Anhänger gefangen. Vier Führer wurden vor ein Gericht gestellt, verurteilt und am 25. Dezember 1989 gehängt. Hikmatyar reagierte darauf, indem er erklärte, die Leute Ahmed Schah Masouds könnten nicht mehr durch die von seinen Anhängern gehaltenen Positionen und Gebiete ziehen. Die Gruppe Hikmatyars ist bekannt dafür, dass sie kleinere Gruppen von Kämpfern an den entscheidenden Kreuzwegen und Durchgangszentren stationiert hat und diese in ihrer Hand zu halten sucht. Hingegen kämpft sie selten gegen Kabul. Ihre Propaganda wirft Ahmed Schah vor, mit Kabul im Bunde zu sein. Sie sucht dadurch die Handlungsweise ihrer Kommandanten zu rechtfertigen. Der Streit hat eine lange und blutige Vorgeschichte. Der jüngste Zwist zwischen Ahmed Schah und Hikmatyar hat die Chancen des ersten, etwas Wirksames gegen Kabul und die Salangstrasse, zu unternehmen, weitgehend zerstört. Ahmed Schah und sein Rat des Nordens beherrschen fünf Provinzen des afghanischen Nordostens: Kapisa, Baghlan, Kunduz, Takhar, Badakhshan mit Ausnahme der Städte Kunduz, Khanabad und Faizabad. Hauptsitz der Verwaltung Ahmed Schahs ist Taloqan in der Takhar-Provinz (vgl. *«The Economist»*, 16. Dezember 1989). — ² Die Sowjetunion lieferte nach dem Abzug ihrer Truppen schwere Waffen an Kabul, die zuvor nicht

eingesetzt worden waren, vor allem Scud-Raketen, von denen im vergangenen Jahr Hunderte auf Konzentrationen der Mudschaheddin abgefeuert worden sind. Kabul besitzt auch eine Luftwaffe. Wenn ihre Bomber hoch genug fliegen, sind sie nicht durch die «Stinger»-Raketen des Widerstandes erreichbar. Es gibt immer wieder Berichte, nach denen sowjetische Bombenangriffe, die von sowjetischen Basen jenseits der Grenze aus geführt würden, weiter andauerten. Die Bomber und Raketen von Kabul machen es sinnlos für den Widerstand, Städte besetzen zu wollen. Dies hat nur zur Folge, dass die ganzen Städte, wenn sie sich in der Hand der Mudschaheddin befinden, ausgebombt werden. Die überlebende Zivilbevölkerung neigt dann dazu, dem Widerstand mindestens einen Teil der Schuld zu geben.

— ³ Dies war die Politik Grossbritanniens gegenüber Afghanistan, nach mehreren anderen Ansätzen, die fehlgeschlagen waren. Das entscheidende Jahr war 1880; Lord Lytton, Vizekönig von Indien, schlug damals Abdur-Rahman als Lokalherrscher von Kabul vor, einen Emir, den die Russen als Geisel in Samarkand gehalten hatten. Abdur-Rahman nahm an und wurde der Begründer des Staates Afghanistan, wie er bis zur Invasion der Russen bestand. *«Abdur-Rahman benötigte einen Pakt mit den Briten, um Emir von Kabul zu werden, doch konnte er es nicht wagen, den Ungläubigen zu viel zuzugestehen, um nicht alle Hoffnung auf Hilfe derjenigen aufgeben zu müssen, die den nationalreligiösen Widerstand gegen Grossbritannien geführt und Ostafghanistan durch ihren entschiedenen Widerstand zu einem für die Briten recht ungemütlichen Ort gemacht hatten».* M. E. Yapp in der Einführung zur Autobiographie Abdur-Rahmans (in englischer Sprache), die 1900 in London bei John Murray erschien und 1980 in Karachi nachgedruckt wurde (Oxford in Asia Historical Reprints, Oxford University Press, Haroon House, Dr. Ziauddin Ahmed Rd, GPO Box 442, Karachi I). Ein grosser Teil des heutigen afghanischen Unglücks liegt darin, dass heute die «westliche» Afghanistanpolitik nicht mehr von einer Stelle geführt wird —

wie einst dem Vizekönig von Delhi —, sondern von einem Amalgam: Parlamentarier in Washington, CIA, Aussenministerium, plus pakistanische Instanzen: Aussenmini-

sterium, Präsidentschaft, Geheimdienste der Armee. Eine klare Linienführung erscheint unter diesen Umständen als beinahe undenkbar, so nötig sie wäre.

Kunstmuseum Basel:

Zwei Väter und ein Kind

Picasso und Braque — Die Geburt des Kubismus

Paris im Jahr 1907. Pablo Picasso war 26 Jahre alt, Georges Braque gerade 25. Heutzutage würden Künstler dieses Alters bestenfalls ein Stipendium der Eidgenossenschaft erhalten, mit der Versicherung, man zeichne nicht Vollendetes aus.

Picasso und Braque bezogen keine offizielle Hilfe — und schufen Vollendetes. Sie nagten zwar nicht gerade am Hungertuch, aber knapp bei Kasse waren sie. Allerdings hatte Picasso bereits Erfolge gehabt: mit den herben Figuren der blauen Periode und den Harlekins in dem unvergleichlichen Rosa. Der Kunsthändler Ambroise Vollard kaufte ihm sogar einmal *«alle Werke des Ateliers für 2500 Francs ab»* (Picasso an Gertrude Stein). Später wird der dreiundsechzigjährige Picasso dem Fotografen Brassai über jene Jahre sagen: *«Wissen Sie was? Mein Erfolg als junger Maler ist mein Schutzwall gewesen . . . Die Blaue und die Rosa Periode waren die Paravents, hinter denen ich sicher war»* (Brassai, «Gespräche mit Picasso»).

Was hinter diesem «Schutzwall» des ersten Erfolgs entstanden ist, hat die Kunst des 20. Jahrhunderts verwandelt und wird von der Kunstgeschichte als «Kubismus» bezeichnet.

Nicht genug des Staunens: Der Kubismus ist nicht von einem einsamen Genie im Atelier erfunden worden, sondern gewachsen im unablässigen Austausch zweier junger Männer über sechs Jahre hinweg.

Die Geheimnisse der Werkstatt

Der heute abgenutzte Begriff «Dialog» ist wörtlich zu nehmen. *«Wir redeten viel»*, sagte Braque von diesen Jahren. Und später: *«Wir diskutierten und prüften die Ideen des anderen so wie sie uns gerade kamen, und verglichen unsere jeweiligen Arbeiten»* (Lassaigne/Katalog).

Wir wissen also, dass sie redeten. Aber was sie redeten, davon gibt es fast keine Kunde. Erst viel später haben Sabartès, Brassai oder die jeweiligen Freundinnen notiert, was Picasso sagte. Auch Briefe sind um 1910/14 in bezug auf das Schaffen nicht besonders gesprächig. Wer derart Neues entwickelt — gebärt — braucht offenbar die Intimität der Werkstatt. Die zwei Partner genügten sich. Kein Wunder: oftmals sahen sie sich jeden Tag. Picasso erwähnt in Briefen lediglich, er arbeite «hart». Und Braque suchte bei Kahn-

weiler immer wieder um Geld nach, fürs Hotel, für die Miete des Ateliers.

So ist es denn nicht verwunderlich, dass über dem eigentlichen Erfinder des Kubismus sowie *«über den Geburts-umständen ein gewisses Dunkel liegt»* (Arnold Gehlen). Fragen, Meinungen, Hypothesen schweben seit langem in der Luft der Kunstwissenschaft. Ganz besonders beschäftigten sie den früheren Direktor des Department of Painting des Museum of Modern Art in New York, *William Rubin*. In Graduiertenseminaren stellte er fest, *«wie sehr die Meinungen über die Entwicklung des Kubismus und die Verdienste seiner beiden Protagonisten auseinanderklaffen»* (Katalog). Er wusste, dass zur Beurteilung nur ein einziges Unternehmen helfen konnte: eine Gesamtausstellung der kubistischen Werke von Picasso und Braque.

Jetzt reden die Bilder

William Rubins Traum erfüllte sich im Herbst 1989. Er organisierte selbst die Ausstellung, die jene Bilder der «Geburtsjahre» vereinigt, wie sie höchstens Picasso und Braque zusammen gesehen hatten, seither aber kein Mensch mehr. Denn sie sind verstreut in privaten und öffentlichen Sammlungen der ganzen Welt. Und vermutlich wird dieser Überblick auf lange Zeit nie mehr möglich sein, denn Kosten, Risiken und Aufwand sind kaum mehr zu leisten für solche Veranstaltungen.

Wenn Basel die Ausstellung erhielt, hat das seine guten Gründe. Basels Kunstmuseum gehört zu den wichtigsten Leihgebern. Dank der Schenkung des Basler-Parisers Raoul La Roche besitzt es zahlreiche frühkubistische Werke. (Dass die Basler Vernissage mit

dem 101. Geburtstag von La Roche zusammenfiel, war eine stille Hommage an den Sammler und Stifter, der auch Freund und Bauherr von Le Corbusier gewesen war.)

Rubin hatte vorerst ans Centre Pompidou in Paris gedacht. Aber Jean-Hubert Martin schlug das Mitmachen wegen der hohen Kosten aus (was er angesichts des Glanzes dieser Ausstellung bitter bereuen dürfte). So ist Basel die einzige Station in Europa.

«Picasso und Braque — Die Geburt des Kubismus» ist mit 190 Gemälden, Zeichnungen, Collagen, Objekten (aus Museen und Sammlungen von Russland bis Japan) «nur» halb so gross wie in New York. Mit wenigen Ausnahmen sind jedoch die Meisterwerke hier, darunter 26 Bilder, die in New York nicht ausgestellt waren.

Da der Katalog sämtliche Werke enthält, ist das Urteil erlaubt, dass der knappere Überblick eine willkommene Konzentration bringt. Weniger starke Bilder — auch Genies haben gelegentlich ein «Formtief» — wurden weggelassen, bedauerlicher ist manchmal das Fehlen von Übergängen, Variationen. Der «Dialog» lässt sich jedenfalls als künstlerischer Höhenweg ohnegleichen verfolgen, von Saal zu Saal mit höchster Spannung. Das *«Wir redeten viel»* von Braque ist jetzt in der ureigenen Sprache der Künstler zu «lesen»: in den Bildern.

Das Verstehen wird erleichtert durch eine hervorragende Präsentation bei weitgehend natürlichem Licht und durch knappe, gute Kommentare. Die Basler Veranstalter haben gelernt: Bei Cézannes «Badenden» wurden die Besucher völlig im Stich gelassen, ein abwegiger Katalogtext lenkte auf psychologische Extratouren. Jetzt wird

man mit exemplarischer Didaktik geführt, und William Rubins Katalog-Einleitung ist ausgezeichnet.

Treffen von weit her

Zum Einstieg in die Ausstellung sieht man Werke, die unmittelbar vor der «Geburt des Kubismus» entstanden sind. Da scheinen die beiden Künstler nach Herkommen, Begabung, Temperament aus sehr anderen Welten zu stammen. Braque kommt mit Stilleben in arabeskenhaften Konturen und hellen Farbgefügen vom Fauvismus her, nahe bei Derain und Dufy. Offenbar aber suchte er bereits nach anderem, spürte die Gefahr, die *Kahnweiler* für die ganze Richtung so formulierte: «*Zur Ornamentik drohte sich die Malerei zu erniedrigen.*» Dabei ist zu bedenken, dass man im damaligen Paris noch mitten im Art nouveau lebte, täglich die üppigen Kurven von Guimards Métro-Eingängen sah.

Braque, der Verehrer des 1906 verstorbenen Cézanne, beginnt wie der Meister von Aix die Landschaft nach tektonischen Ordnungen zu gliedern, gibt den Elementen durch Anschattierungen mit dem Pinsel rhythmische Lagerungen.

Picasso, der damals Braque kaum kannte, ist ebenfalls unterwegs zu Neuem. Nach der 1905 beendeten «Akrobatenfamilie» lernt er Ausgrabungen iberischer Skulpturen kennen; nach dem verfeinerten Realismus der Epoque Rose begeistert er sich für die «primitive» Kunst seiner Heimat. Vermutlich sieht er auch bei befreundeten Künstlern afrikanische Masken. Er malt kantige Gesichter und Körper. Basel zeigt hinreissende Figuren.

Im Willen zur Verknappung und Geometrisierung der Formen haben sich Braque und Picasso aufeinander zu bewegt von ganz verschiedenen Wegen her: Der eine von Cézanne, der andere von der Archaik her. Auch die persönlichen Gründe waren andersartig. Braque war kein genuin begabter Zeichner. Er, aufrichtig in jeder Falte, schrieb selbst, der Kubismus sei ein vom ihm erschaffenes Hilfsmittel, um «*die Malerei in Reichweite meiner persönlichen Begabungen zu bringen*» (Collection Kahnweiler/Leiris). Picasso hatte gegenteilige Probleme: Seine Virtuosität machte ihm alles nur zu leicht, zu einfach. In der Terra incognita nützte ihm seine bravouröse Zeichenkunst vorerst nichts. Es ging um Konzeptuelles, um Vertiefung, Disziplinierung von Mittel und Geist.

1907 begegnen sie sich persönlich, vermutlich durch die Vermittlung gemeinsamer Freunde wie Apollinaire, Gertrude Stein. Braque sieht in Picassos Atelier die Frauenstudien zu den «*Demoiselles d'Avignon*». Angeregt davon, arbeitet er im Dezember desselben Jahres ebenfalls an Figurenkompositionen, die von den Zeitgenossen ungnädig aufgenommen wurden: «*Ein Bauch wie ein Ballon, der schrumpft, die Brustwarze in der unteren Ecke; die andere Brust kommt irgendwie aus der Schulter*» (Typoskript des Tagebuchs *Inez Haynes Irwin*, April 1908). Und ein Kritiker schrieb: «*Hält uns der Maler Braque nicht alle zum Narren?*» Ach — uralte und immer wieder gehörte Bemerkung angesichts ungewohnter Kunstformulierungen, mit dem stets gleichen Irrtum der Laien, dass Künstler ihr Lebensschaffen für blossen Ulk hingeben würden — und dass daraus Neues entstehen könnte.

Zwei Forscher teilen ihre Untersuchungen

Gewiss war Braque vorerst von Picassos negerartigen Figuren inspiriert. Aber einige Monate später, im Sommer 1908, ist es Picasso, der Braques Frauenakt aufnimmt. In den «Drei Frauen», einem frühen Hauptwerk in Basel, verzichtet Picasso auf das «Afrikanische», er nähert sich den von Braque verwendeten Facetten an. Bei aller Monumentalität hat die Komposition etwas Lyrisches, das es sonst bei Picassos Frauengestalten selten gibt. Klingt schon etwas mit vom poetisch-musikalischen Geist Braques?

Angesichts vieler Wechselwirkungen, eines wahren Pingpongs, wird die Streitfrage der Gelehrten nach dem «Vater des Kubismus» immer schwieriger (oder gar müssig?). Braque und Picasso waren wie Forscher, die sich immer wieder an den Erkundungen des anderen orientierten, inspirierten, massen, wobei die Rivalität ebenfalls als Ansporn mitspielen mochte.

Immerhin: studiert man die sinnvoll-chronologisch gehängten Bilder, so muss man William Rubin recht geben, dass Braque meistens der Trendsetter war, während bis anhin Picasso als Urheber des Kubismus galt, wie es Picasso-Freunde — darunter der Dichter Apollinaire — postuliert hatten.

Braque ist der erste, der Viadukt, Strasse und Baum zu kristallinen, schwerelosen Gebilden werden lässt, die Farben auf Grau- und Ockertöne zurücknimmt. So wird das Gegenständliche in die Fläche eingebunden und fast unkenntlich gemacht. Auch Picasso zerlegt das Motiv, aber er bleibt kräftiger und naturnaher in Kontur und Farbe. Brot und Krug sind bei ihm noch solide Dinge, mit dramatischer Exi-

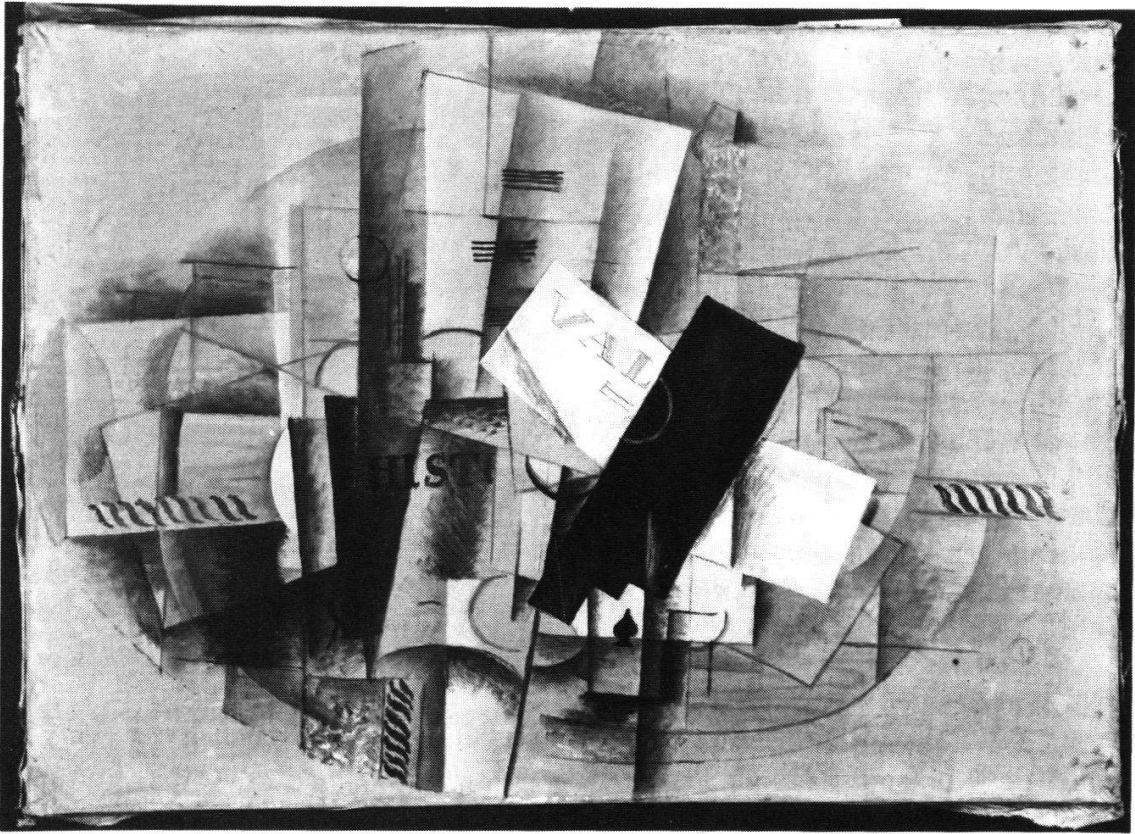


Picasso: Pain et compotier aux fruits sur une table. 1909, Öl auf Leinwand, 164 × 132,5 cm. Öffentliche Kunstsammlung Basel. Picasso, der Geschichtenerzähler, bleibt immer wieder den realen Dingen dieser Welt verhaftet.

stenz aufgeladen (Abb. «Pain et compotier aux fruits sur une table» 1909). Er ist der bodennahe Spanier, der leidenschaftliche Geschichten-Erzähler, während der Franzose Braque «seinen» Tisch ins Lichte, Spirituelle rückt (Abb. «La table du musicien» 1913).

Braque war unerschöpflich im Erfinden von ungewohnten Techniken. Und es muss ihm Spass gemacht haben, seine Entdeckungen dem berühmteren Picasso mitzuteilen. So war Braque der erste, der Buchstaben und Worte in Kompositionen einfügte, der das erste kubistische Bild in ovalem Format malte, aus Karton Figurationen schuf, Sand in die Farbe mischte, die Verwendung von papier collé erfand.

Nun ist aber Picasso keiner, der nachhinkt. Wie er die Errungenschaf-



Braque: *La table du musicien*. 1913, Öl auf Leinwand, 65 × 92 cm. Öffentliche Kunstsammlung Basel, Schenkung Dr. h. c. Raoul La Roche. Braque ordnet die Gegenstände zur Partitur mit Eigenklang.

ten des Freundes packte und sich dienstbar machte, gehört zu den vielen Wonnen dieser Ausstellung, die die Besucher selbst zu Entdeckern werden lässt. Nur zwei Beispiele: Braque konstruierte kubistische Skulpturen, die nicht mehr erhalten sind. Picasso steigerte die Erfindung und schuf aus Karton eine lapidare Gitarre, die zum Sinnbild für Musik überhaupt wird und gleichzeitig zum Beginn einer neuen Auffassung von Plastik: einfachstes, alltägliches Material, stärkste Ausdruckskraft, Zeichenhaftigkeit.

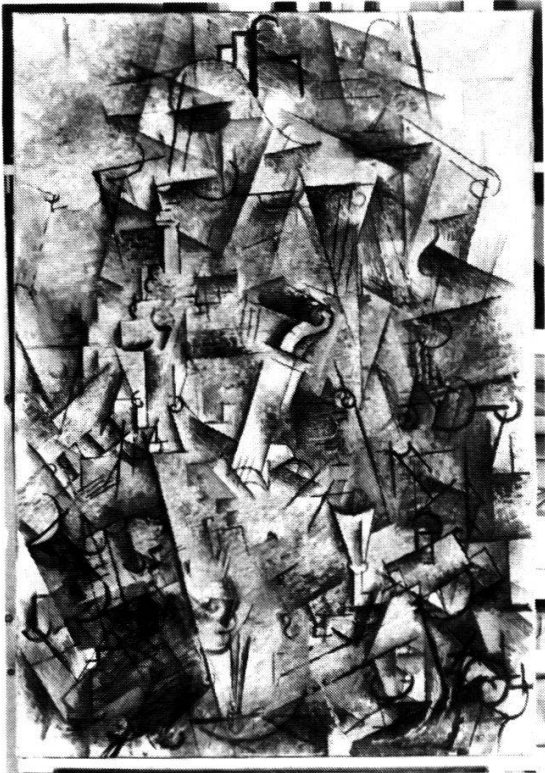
Oder: der gelernte peintre-décorateur Braque zeigte Picasso, wie man mit Hilfe eines Kamms Holz imitieren kann. Picasso imitierte nicht nur mit

der Trompe-l'œil-Technik, sondern «frisierte» wahrhaftig den Schnauz seines Stierkämpfers, der nun als witzigwinziges naturalistisches Attribut zwischen kubisch abstrahierenden Verschränkungen auftaucht (Abb. «L'Aficionado» 1912).

Braque indessen blieb strenger bei der reinen Bildidee, kippte trotz seines feinen Humors weniger ins Anekdotisch-Karikaturistische als Picasso. Motive waren für Braque eher Vorwand, er löste sie auf in Fragmente, um ein möglichst gleichmässiges Raumkontinuum zu schaffen, das nach Rubin sogar zu einer «All over-Abstraktion» avant la lettre führte.

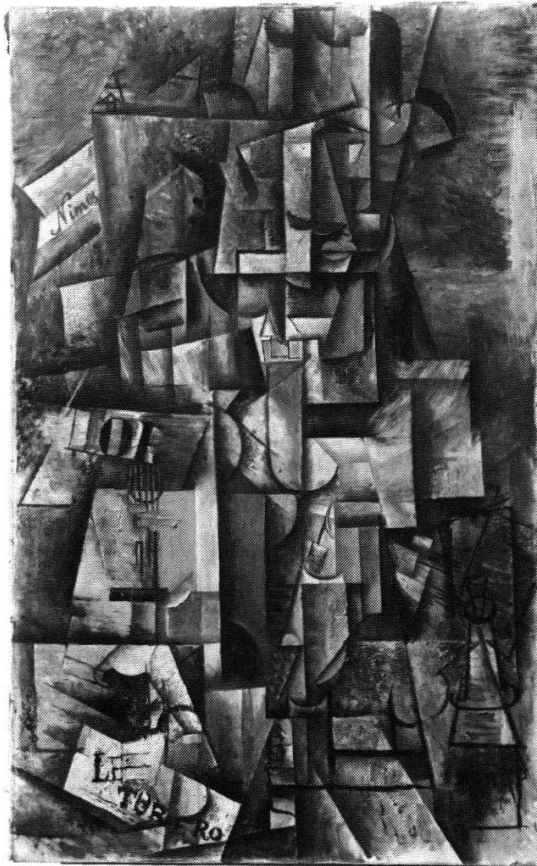
Abenteuer am gleichen Seil

Faszinierender noch als die eben erwähnten Unterschiede sind die Übereinstimmungen der beiden Künstler. 1911 verbrachten Picasso und Braque gemeinsame Sommerwochen in Céret, 1912 in Sorgues. Die Experimente Schulter an Schulter sind auf dem Höhepunkt. Die Kompositionen beginnen sich derart zu ähneln, dass die Besucherin sich immer wieder am Namensschildchen vergewissern muss, mit wem sie es zu tun hat. Den Künstlern war diese Verwirrung offensichtlich willkommen. Sie beschlossen, ihre Werke nicht mehr wie bis anhin auf der Vorderseite zu signieren, sondern auf



Braque: Stilleben mit Harfe und Violine. 1912, Öl auf Leinwand, Höhe 116 cm, Breite 81 cm. Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. 1912: Die beiden Künstlerfreunde nähern ihre Bildsprache bewusst einander an.

der Rückseite. Kahnweiler bezeichnete dies als «einen bewussten Schritt in die Richtung *«unpersönlicher» Urheber-schaft»* (Abbildungen von 1912 «Stillleben mit Harfe und Violine» von Braque, «L'Aficionado» von Picasso).



Picasso: L'aficionado (Le toréro). 1912, Öl auf Leinwand, 135 × 82 cm. Öffentliche Kunstsammlung Basel, Schenkung Dr. h. c. Raoul La Roche. 1912: Auch bei naher Verwandtschaft zu Braque bewahrt sich Picasso den kleinen privaten Spass mit dem «frisiererten» Schnauz seines Stierkämpfers.

Der Gleichschritt geschah im Hochgefühl der gemeinsamen Erfindung. Die beiden wussten, dass es ihnen gelungen war, die Malerei aus der Pflicht der Realität zu nehmen, Natur musste nicht mehr nachgeahmt werden. Das Bild wurde zur autonomen Welt,

zur eigenen Architektur (und immer galt Architektur als die vornehmste der Künste). Die Malerei hatte gleichsam die sichtbare Welt aus den Angeln gehoben, aber das geschah, ohne sie zu negieren oder zu zerstören. In einer kürzlichen Radiosendung (Reflexe DRS II) sagte der Kritiker, der Kubismus habe *«die Nabelschnur zur Natur durchschnitten»*. Das scheint mir unrichtig. Picasso zum Beispiel brauchte für sein Bildnis von Kahnweiler über dreissig Sitzungen — und bei allen auflösenden Facetten ist der würdige Kunsthändler mit seinen pastoral gefalteten Händen erkennbar mitsamt einem schalkhaften Schuss Karikatur.

Dass die «kubistische Revolution» die Kunst bis heute beeinflusst, ist eine erwiesene Tatsache. Ozenfant, Léger, Gris, Mondrian arbeiteten an einer Art von Weiterentwicklung. Objektmacher der Ready-mades, Collagisten, Dadaisten, Konstruktive zehrten und zehren bewusst oder unbewusst davon, ganz zu schweigen von den Scharen epigonaler Geometriker.

Homo ludens

Kubismus: Welch gelassene Meisterschaft mitten im Kampf um Neuland. Wie viel Spiel aus tiefstem Ernst. Dabei hat man uns gelehrt, dass Kubismus eine schwierige Sache sei, ein wissenschaftliches Phänomen zwischen Relativitätstheorie und nichteuklidischer Mathematik. Die Bilder, hier vor uns, wie frisch aus den Ateliers, sie sagen anderes. Sie entstammen einem lebensdichten, grandiosen Wahrnehmungs- und Erfindungsakt. Sie belegen, dass Strenge und Lust, Intellekt und Empfindung nicht sternenweit getrennt sein müssen.

Dass zur gleichen Zeit die Wissenschaft zu neuen Ufern aufbrach: Das nennt man wohl Zeitgeist.

Picasso fasste Jahrzehnte später diesen «Zeitgeist» in Worte, als er zu Françoise Gilot sagte, im Kubismus hätten er und Braque Gegenstände in andere Bereiche «umgepflanzt», um sie fremd erscheinen zu lassen: *«Und diese Fremdheit war es, über die wir die Menschen nachdenken lassen wollten, weil wir recht gut wussten, dass unsere Welt immer fremder wurde und nicht gerade beruhigender»* (Gilot/Lake).

Haben wir inzwischen wirklich über diese «Fremdheit» nachgedacht? (Künstlerisch-avantgardistische Prozesse haben immer auch mit Gesellschaft und Politik zu tun. Warum hört niemand rechtzeitig auf die Künstler?)

Abschied

Der letzte Saal der Ausstellung, 1914. Die Formen zerdehnen sich. Man spürt Ermüdung. Picasso vor allem ist der kubistischen Askese müde. Er braucht Farbe, wird sich bald neuen Problemen zuwenden. Im Kubismus hat er noch gesucht, bald versichert er stolz, er sei einer, der nicht suche, sondern finde. Braque indessen bleibt auf dem Terrain des Kubismus.

Am 2. August bringt Picasso den Freund zum Bahnhof in Avignon. Braque ist in Uniform. Er muss in den Krieg, wird verwundet, sei nachher nicht mehr derselbe gewesen.

Später leben beide in Paris. Jeder arbeitet auf seinem nun anderen Weg. Sie sehen sich gelegentlich, aber der «Dialog» war derart zu Ende, dass der alte Picasso sogar behauptet hat, sie hätten sich nicht mehr getroffen. Das mochte im existentiellen Sinne stim-

men. Denn die gemeinsame Arbeit war getan. Da hat die Erinnerung des Künstlers ihre eigene Weisheit (oder Ökonomie): sie siebt blosser Konsevation aus der Lebensessenz weg.

Jeder war wieder allein mit seinem Werk. So allein, wie es Picasso für sich sagte, und nur einige Künstler werden

wissen, was das wirklich heisst: *«Ich habe mir eine Einsamkeit geschaffen, die niemand ahnt.»*

Annemarie Monteil

Die Ausstellung im Kunstmuseum Basel geht bis zum 4. Juni, der Katalog kostet Fr. 50.—.

Wählen Sie.



Telefax von Messerli.

Generalvertretung für Hitachi-Telefax:
A. Messerli AG, Sägereistrasse 29,
8152 Glattbrugg, Tel. 01/829 11 11.

BÜRO- UND INFORMATIONSTECHNIK


Messerli